

14. 08. 92

Sachgebiet 63

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1993
(Haushaltsgesetz 1993)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (431) – 501 03 – Ha 64/92

Bonn, den 14. August 1992

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 110 Abs. 3 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 1993
(Haushaltsgesetz 1993)

mit Begründung.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne*) sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Dr. Helmut Kohl

*) als Sonderdruck verteilt

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1993 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 435 650 000 000 Deutsche Mark festgestellt.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1993 Kredite bis zur Höhe von 38 000 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1993 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt. Mehreinnahmen bei Titel 121 04 im Kapitel 60 02 sind zur Tilgung fälliger Schulden zu verwenden und vermindern die Ermächtigung nach Satz 1.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, ab Oktober des Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 4 vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Die danach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(4) Auf die Kreditermächtigung ist bei Diskontpapieren der Nettobetrag anzurechnen.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zum Ankauf von Schuldtiteln des Bundes im Wege der Marktpflege Kredite bis zu 10 vom Hundert des Betrages der umlaufenden Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen aufzunehmen, dessen Höhe sich aus der jeweils letzten im Bundesanzeiger veröffentlichten Übersicht über den Stand der Schuld der Bundesrepublik Deutschland ergibt.

§ 3

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zu 8 vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Auf die Kreditermächtigung sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben,
2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben,
3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung der bei Titeln der Gruppen 443 und 453 veranschlagten Ausgaben,
4. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423 und 425, die durch die Gewährung von Erziehungsurlaub entstehen, zur Verstärkung der bei Titel 427 01 veranschlagten Ausgaben.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind die Ausgaben bei Titeln der Gruppen 422 und 425 gegenseitig deckungsfähig.

(3) Die Erläuterungen zu den Titeln der Gruppe 425 sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministers der Finanzen.

(4) Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen den Ausgaben bei folgenden Titeln - einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen - zu:

1. Titel 427 01
aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung Behinderter sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen,
2. Titel 441 01, 443 01 und 446 01
aus Schadensersatzleistungen Dritter,
3. Titel 511 01 und 518 01
aus der Veräußerung von ausgesondertem Schriftgut, aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte sowie aus der privaten Inanspruchnahme elektronischer Fachinformationszentren,
4. Titel 513 01 (im Kapitel 14 14 Titel 513 02)
aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen,
5. Titel 514 01 (im Kapitel 06 25 Titel 514 04, im Kapitel 14 15 Titel 553 04, im Kapitel 14 17 Titel 522 01)
aus Schadensersatzleistungen Dritter insoweit, als sie zur Instandsetzung bestimmt sind, sowie aus der Abgabe von Kraftstoffen (Betriebsstoffen) an andere Bedarfsträger,

(5) Innerhalb eines Kapitels dienen Einnahmen auf Grund der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabenverordnung vom 28. März 1988 (BGBl. I S. 484) zur Verstärkung der Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8.

(6) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung wird zugelassen, daß von Bundesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte Software unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Inland abgegeben wird, soweit Gegenseitigkeit besteht. Das gilt auch für von Bundesdienststellen erworbene Software. Für erworbene Lizenzen an Standard-Software ist die jeweilige Lizenzvereinbarung maßgebend.

(7) Die obersten Bundesbehörden können mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 519, 527 und 539 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, die Mehrausgaben des Einzeltitels nicht mehr als 20 vom Hundert betragen und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Soweit eine Deckung nach Satz 1 nicht möglich ist, kann der Bundesminister der Finanzen in besonders begründeten Ausnahmefällen zulassen, daß Mehrausgaben bei Titeln der Gruppen 514 und 517 sowie des Titels 522 01 im Kapitel 14 17 bis zur Höhe von 30 vom Hundert des Ansatzes durch Einsparungen anderer Ausgaben innerhalb der Hauptgruppe 5 desselben Einzelplans gedeckt werden. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann der Bundesminister der Finanzen zulassen, daß Mehrausgaben bei den Titeln 526 01 und 526 04 gegen Einsparungen bei anderen Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 desselben Einzelplans gedeckt werden.

(8) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 sowie bei Titel 522 01 im Kapitel 14 17 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben.

(9) Die in den Kapiteln 14 14 bis 14 20 bei Titeln der Gruppen 551 und 554 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind in Höhe von 20 vom Hundert gesperrt. Die Inanspruchnahme der gesperrten Verpflichtungsermächtigungen bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

(10) Bei Titel 547 02 des Kapitels 60 03 fließen Erstattungen der obersten Bundesbehörden sowie von Dritten für die Inanspruchnahme des Shuttle-Flugdienstes Köln/Bonn-Berlin den Ausgaben zu. Bei den Titeln 527 01 und 453 01 der obersten Bundesbehörden fließen Erstattungen des nachgeordneten Bereichs im Zusammenhang mit dem Shuttle-Flugdienst Köln/Bonn-Berlin den Ausgaben zu.

§ 5

§ 37 Abs. 1 Satz 3 bis 5 der Bundeshaushaltsordnung ist in folgender Fassung anzuwenden:

"Als unabweisbar ist ein Bedürfnis insbesondere nicht anzusehen, wenn nach Lage des Einzelfalles ein Nachtragshaushaltsgesetz rechtzeitig herbeigeführt oder die Ausgabe bis zum nächsten Haushaltsgesetz zurückgestellt werden kann. Eines Nachtragshaushaltsgesetzes bedarf es nicht, wenn die Mehrausgabe im Einzelfall einen Betrag von 10 000 000 Deutsche Mark nicht überschreitet oder wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind."

§ 6

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Einrichtung außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, wenn der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers nicht von dem zuständigen Bundesminister und dem Bundesminister der Finanzen gebilligt ist. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Aufhebung der Sperrung die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einzuholen, wenn die Zuwendungen des Bundes den Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark im Haushaltsjahr überschreiten.

(2) Die in Absatz 1 genannten Zuwendungen zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, daß der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten nicht besserstellt als vergleichbare Arbeitnehmer des Bundes; vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen deshalb keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für Arbeitnehmer des Bundes jeweils vorgesehen sind. Entsprechendes gilt bei Zuwendungen zur Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Der Bundesminister der Finanzen kann bei Vorliegen zwingender Gründe Ausnahmen zulassen.

(3) Die in den Erläuterungen zu den Titeln, aus denen Verwaltungskosten erstattet oder Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur institutionellen Förderung geleistet werden, für andere als Projektaufgaben ausgetragenen Stellen für Angestellte sind hinsichtlich der

Gesamtzahl und der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Die Wertigkeit übertariflicher Stellen ist durch Angabe der entsprechenden Besoldungsgruppen zu kennzeichnen. Der Bundesminister der Finanzen kann Abweichungen in den Wertigkeiten der Stellen des Tarifbereichs zulassen. Satz 1 gilt nicht für die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Göttingen, die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) in Köln, das Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH (KfK) und das Hahn-Meitner-Institut Berlin GmbH (HMI). Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für die Rechtsnachfolgerin der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut im Bereich Bergbau.

§ 7

(1) Die Rückzahlung zuviel erhobener Einnahmen ist stets beim jeweiligen Einnahmetitel abzusetzen.

(2) Bei Unrichtigkeit einer Zahlung, bei Doppelzahlungen oder Überzahlungen darf die Rückzahlung von der Ausgabe abgesetzt werden, wenn die Bücher noch nicht abgeschlossen sind. Die Rückzahlung zuviel geleisteter Personalausgaben ist stets beim jeweiligen Ausgabebetitel abzusetzen.

(3) Titelverwechslungen dürfen nur berichtigt werden, solange die Bücher noch nicht abgeschlossen sind oder durch die Titelverwechslung der Bundeshaushalt und der Haushalt einer anderen Gebietskörperschaft oder der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften betroffen sind.

§ 8

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt;

b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;

c) zum Zwecke der Umschuldung nach Buchstabe a oder b gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können;

2.a) für Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

b) zum Zwecke der Umschuldung nach Buchstabe a gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt;

4. gegenüber der Europäischen Investitionsbank für Kredite dieser Bank an Schuldner außerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 180 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 35 000 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

(3) Die Ermächtigungen nach Absatz 1 Nr. 1 bis 3 gelten für Ausführer, Kreditgeber und Investoren im Inland.

§ 9

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Marktordnungs- und Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zur Höhe von 6 000 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 10

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 87 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;

2. zur Förderung des Verkehrswesens;

3. zur Förderung von Investitionen, die der Herstellung von Produkten zur Vermeidung von Umweltbelastungen dienen, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist;

4.a) zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues,

b) zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet,

c) zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht;

d) zur Förderung des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und Schwerbehinderte;

5. für die Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen - § 3 des Gesetzes über die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank vom 11. Juli 1989 (BGBl. I S. 1421);

6. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 780-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das durch Artikel 75 des Gesetzes vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341) geändert worden ist;

7. zur Förderung der Fischwirtschaft;

8. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;

9. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), das zuletzt durch Artikel 2 Nr. 16 des Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2317) geändert worden ist;

10. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, die sich insbesondere aus Tätigkeiten ergeben, die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen fallen, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;

11. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte nach dem Rentenkalisierungsgesetz-KÖV vom 27. April 1970 (BGBl. I S. 413), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1985 (BGBl. I S. 910) geändert worden ist, aufnimmt;

12. zur Förderung der Anpassung und der Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete;

13. zugunsten von Personen, die vom Bund an deutsche Auslandsvertretungen entsandt oder im Rahmen seiner Auslandskulturarbeit ins Ausland entsandt oder vermittelt werden, sowie zugunsten von Personen, die von der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen (GfAI) zur Beschaffung von außenwirtschaftlichem Informationsmaterial ins Ausland entsandt werden, für ihre Verpflichtungen gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Ein- und Ausfuhr von Umzugsgut sowie für ihre sonstigen Verpflichtungen gegenüber Behörden und Personen des Aufnahmestaates, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben oder nach den örtlichen Umständen unvermeidbar ist und im dienstlichen Interesse des Bundes liegt;

14. im Zusammenhang mit von institutionellen Zuwendungsempfängern des Bundes veranstalteten Ausstellungen im Bereich von Kunst und Kultur zur Deckung des Haftpflichtrisikos gegenüber den Verleihern;

15. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 11

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Europäischen Investitionsbank, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Afrikanischen, der Asiatischen, der Interamerikanischen und der Karibischen Entwicklungsbank, dem Wiedereingliederungsfonds des Europarates, dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe sowie an der Multila-

teralen Investitions-Garantie-Agentur Gewährleistungen in der Form von abrufbarem Kapital (Haftungskapital) oder Garantien bis zur Höhe von 49 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 12

Gewährleistungen nach den §§ 8 bis 11 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 13

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 8 bis 11 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen des Haushaltsgesetzes 1992 angerechnet, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Eine Bürgschaft, Garantie oder sonstige Gewährleistung ist auf den Höchstbetrag der entsprechenden Ermächtigung in der Höhe anzurechnen, in der der Bund daraus in Anspruch genommen werden kann. Zinsen und Kosten sind auf den jeweiligen Ermächtigungsrahmen nur anzurechnen, soweit dies gesetzlich bestimmt ist oder bei der Übernahme ein gemeinsamer Haftungsbetrag für Hauptverpflichtung, Zinsen und Kosten festgelegt wird.

(3) Soweit in den Fällen der §§ 8 bis 11 der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(4) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 8 bis 11 können mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 14

Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Kapital der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), der Afrikanischen, der Asiatischen, der Interamerikanischen und der Karibischen Entwicklungsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur, die Beteiligung an der Auffüllung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) sowie seines Sonderprogramms für Subsahara-Afrika und des Sonderfonds der Afrikanischen, der Asiatischen, der Interamerikanischen und der Karibischen Entwicklungsbank, die Beteiligung an der Globalen Umweltfazilität (GEF) und am Regenwald-Treuhandfonds (RFT) der Weltbank, den Beitrag zum Multilateralen Investitionsfonds (MIF) sowie freiwillige Beiträge zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe durch Hingabe von unverzinslichen Schuldscheinen zu erbringen.

§ 15

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bei Aktiengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, einem genehmigten Kapital im Sinne des § 202 des Aktiengesetzes zuzustimmen und sich zur Leistung des auf den Bundesanteil entfallenden Erhöhungsbetrages zu verpflichten.

§ 16

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht.

(2) Die für den Einzelplan zuständige Stelle übersendet ihre Anträge auf Ausbringung der zusätzlichen Planstellen und Stellen auch dem Bundesrechnungshof. Er kann dazu Stellung nehmen.

(3) Die nach Absatz 1 neu ausgebrachten Planstellen und Stellen sind in entsprechender Zahl und Wertigkeit im Gesamthaushalt einzusparen.

(4) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 12, 18, 19 und 21 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk "künftig wegfallend" oder "künftig umzuwandeln" versehen sind, nicht zu berücksichtigen; dies gilt nicht, wenn der Vermerk "künftig wegfallend" den Zeitpunkt des Wegfalls näher bestimmt oder den Zusatz trägt "mit Wegfall der Aufgabe". Satz 1 gilt entsprechend bei Anwendung anderer gesetzlicher Obergrenzen für den Anteil der Planstellen der Beförderungsämter.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, neue Planstellen und Stellen auszubringen, soweit ein unabweisbares Bedürfnis besteht, einen Dienstposten oder einen Arbeitsplatz wieder zu besetzen, dessen bisheriger Inhaber für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten zu einer Verwaltungseinrichtung eines anderen Dienstherrn in dem in Artikel 1 Abs. 1 des Einigungsvertrags genannten Gebiet abgeordnet worden ist. Über den weiteren Verbleib der Planstellen und Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 17

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung oder für eine Tätigkeit bei einer Fraktion oder Gruppe des Deutschen Bundestages unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten ausbringen. Das gleiche gilt für eine Verwendung beim Bundeskanzleramt und bei sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Das gleiche gilt ferner, wenn einem Beamten nach § 24 des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst vom 30. August 1990 (BGBl. I S. 1842) unter Wegfall der Besoldung Urlaub für die Dauer der Tätigkeit des Ehepartners an einer Auslandsvertretung gewährt worden ist.

(2) Kehren mehrere Beamte gleichzeitig in den Bundesdienst zurück, kann der Bundesminister der Finanzen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen zulassen, daß nur jede zweite freiwerdende Planstelle für die zurückkehrenden Beamten in Anspruch zu nehmen ist.

(3) Für Beamte, die demnächst zur Verwendung im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung ohne Dienstbezüge beurlaubt und die auf diese Verwendung vorbereitet werden sollen, kann der Bundesminister der Finanzen für die Zeit bis zum

Wegfall der Dienstbezüge Planstellen ausbringen, wenn ein unabweisbares Bedürfnis besteht, ihre bisherigen Planstellen neu zu besetzen. Das gleiche gilt, wenn Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die ohne Wegfall der Dienstbezüge bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden oder künftig verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind.

(4) Absatz 1 findet entsprechend Anwendung, wenn ein Beamter nach § 79 a Abs. 1 Nr. 2 oder § 89 a Abs. 2 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes langfristig beurlaubt wird.

(5) Absatz 1 findet entsprechend Anwendung, wenn ein Beamter gemäß § 1 der Erziehungsurlaubsverordnung für mindestens ein Jahr ohne Unterbrechung Erziehungsurlaub in Anspruch nimmt.

(6) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in einem Entwicklungsland, in Mittel- und Osteuropa oder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, zur Verwendung für eine Tätigkeit im Rahmen der Hilfe beim Aufbau des Rechtssystems der Staaten Mittel- und Osteuropas oder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten oder zur Verwendung bei einer Auslandshandelskammer oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen (GfAI) ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten sinngemäß für Richter, Soldaten und Angestellte.

(8) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 7 ausgebrachten Leerstellen und Planstellen ist im nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 18

(1) Für einen planmäßigen Beamten, der nach § 72 a des Bundesbeamtengesetzes ohne Dienstbezüge beurlaubt wird, gilt vom Beginn der Beurlaubung an eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe als ausgebracht.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend bei Beurlaubungen nach § 48 b des Deutschen Richtergesetzes und § 28 a des Soldatengesetzes.

§ 19

Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofes des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters ausbringen.

§ 20

Abweichend von § 50 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung können

1. mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen für Beamte und Angestellte, die zu einer Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland abgeordnet sind,

2. für Beamte des höheren Dienstes, die nach § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1990 (BGBl. I S. 449, 863) zur Ableistung der Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet sind,

3. für Beamte, Angestellte, Richter und Staatsanwälte, die zu einer Verwaltung eines Landes oder zu einem kommunalen Amt zur Regelung offener Vermögensfragen in dem in Artikel 1 Abs. 1 des Einigungsvertrags genannten Gebiet abgeordnet sind,

von der abordnenden Verwaltung die Personalausgaben für die Dauer der Abordnung weitergezahlt werden.

§ 21

Es wird zugelassen, daß aus den Titeln 425 und 426 Umlagen an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder auch für solche Arbeitnehmer weitergezahlt werden, die nach Beendigung des zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsverhältnisses im früheren Bundesgebiet ein neues Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst im Beitrittsgebiet begründen. Die Erstattungen durch den Arbeitgeber im Beitrittsgebiet fließen den Ausgaben der vorgenannten Titel zu; gleiches gilt hinsichtlich der Erstattungen für die Arbeitnehmer, die ohne Fortzahlung der Bezüge zu einem anderen Arbeitgeber im Beitrittsgebiet beurlaubt werden.

§ 22

Die Vorschriften des Haushaltsgrundsatzgesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans entsprechend anzuwenden. Der Bundesminister der Finanzen kann Änderungen der Anlagen E, die auf Grund der endgültigen Feststellungen von Haushalts- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Gemeinschaften erforderlich werden, vornehmen und bekanntgeben. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 23

Der Bund gewährt der Bundesanstalt für Arbeit bei kurzfristigen Liquiditätsschwierigkeiten zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft zinslose Betriebsmitteldarlehen bis zur Höhe von 6 000 000 000 Deutsche Mark. Die Darlehen sind zurückzuzahlen, sobald und soweit die Einnahmen eines Monats die Ausgaben übersteigen und dieser Überschuß voraussichtlich im nächsten Monat des laufenden Haushaltsjahres nicht zur Deckung der Ausgaben benötigt wird, spätestens jedoch zum Schluß des Haushaltsjahres. § 187 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), das zuletzt durch Artikel 4 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I, S. 2325) geändert worden ist, findet insoweit keine Anwendung. Der Ermächtigungsrahmen darf wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 24

Das nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 912-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Juni 1991 (BGBl. I S. 1318) geändert worden ist, und nach Artikel 3 des Verkehrsfinanzgesetzes 1971 vom 28. Februar 1972 (BGBl. I S. 201), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 537) geändert worden ist, für Zwecke des Straßenwesens gebundene Aufkommen an Mineralölsteuer ist auch für sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr zu verwenden.

§ 25

Erlöse aus Veräußerungen von Vermögenswerten des Verwaltungsvermögens, die nach Artikel 21 des Einigungsvertrags oder auf Grund eines Bundesgesetzes Bundesvermögen geworden sind, dienen der teilweisen Deckung von Ausgaben zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet.

§ 26

§ 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 1990 (BGBl. I S. 1730), das zuletzt durch Anlage I Kapitel XIV Abschnitt II Nr. 5 des Einigungsvertrags vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1126) geändert worden ist, findet keine Anwendung.

§ 27

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1993 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Bankenverordnung (Beilage Nr. 5/48 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, S. 24) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Die Vermögensgegenstände, die der Bundesminister für Post und Telekommunikation zur Erfüllung seiner politischen und hoheitlichen Aufgaben nach § 1 Abs. 1 des Postverfassungsgesetzes vom 8. Juni 1989 (BGBl. I S. 1026), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Juni 1991 (BGBl. I S. 1314) geändert worden ist, aus dem Sondervermögen Deutsche Bundespost übernimmt, werden ohne Wertausgleich übertragen.

(3) Soweit der Bundesminister für Post und Telekommunikation ihm obliegende Aufgaben, die noch von den Unternehmen der Deutschen Bundespost wahrgenommen werden, erst nach dem 31. Dezember 1989 übernimmt, tragen die Unternehmen der Deutschen Bundespost die bis zur Übernahme entstehenden Personalausgaben und sächlichen Verwaltungsausgaben weiter, sofern der Haushaltsplan nicht deren Erstattung, auch für zurückliegende Jahre, vorsieht.

(4) Bei der Berechnung der Ablieferung gemäß § 63 Abs. 1 des Postverfassungsgesetzes werden die Betriebseinnahmen der Deutschen Bundespost aus dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet nicht berücksichtigt. Die Ermäßigung der Ablieferung nach Satz 1 wird mit der Maßgabe verbunden, daß der erlassene Betrag zur Verstärkung des Eigenkapitals der Deutschen Bundespost TELEKOM verwandt wird.

§ 28

Der Präsident des Bundesausgleichsamtes wird ermächtigt, für den Ausgleichsfonds im Haushaltsjahr 1993 Kassenverstärkungskredite als Buchkredite bis zur Höhe von 100 Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

§ 29

§ 2 Abs. 5, die §§ 4,5 und 6 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und 3 sowie die §§ 7 bis 28 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

§ 30

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1993 in Kraft.

Begründung

I. Allgemeiner Teil

Mit seinen geplanten Ausgaben und Einnahmen wirkt der Bundeshaushalt direkt und indirekt auf eine Vielzahl von Einzelpreisen ein. Die vom Bundeshaushalt ausgehenden Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau lassen sich nicht exakt quantifizieren. Ob und inwieweit es zu einer Erhöhung des Preisniveaus kommt, hängt entscheidend von den binnen- und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und vom Verhalten der am Wirtschaftsprozess Beteiligten ab. Mit der vorgesehenen deutlichen Defizitbegrenzung und der mittelfristigen Konsolidierung trägt die Haushaltspolitik entsprechend Artikel 109 Abs. 2 GG den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß auch zukünftig das bisher erreichte hohe Maß an Preisstabilität gewahrt werden kann.

II. Besonderer Teil

Zu § 1

Die Vorschrift enthält die Zahlen des Gesamtabschlusses.

Zu § 2

Abs. 1

Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben.

Abs. 2

Satz 1 der Vorschrift bestimmt, daß der Kreditrahmen um Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1993 fällig werdenden Krediten erhöht wird.

Satz 2 regelt, daß der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank, soweit er den im Haushalt veranschlagten Betrag übersteigt, zur Tilgung fälliger Schulden zu verwenden ist.

Abs. 3

Zum Ende eines jeden Haushaltsjahres sind kassenmäßig beträchtliche Zahlungen zu leisten, die jedoch haushaltsmäßig als Ausgaben des neuen Haushaltsjahres zu behandeln sind. Aus kreditpolitischen Erwägungen und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eröffnet die Ermächtigung die Möglichkeit, günstige Situationen am Kreditmarkt flexibel zu nutzen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 5

Von der in Anspruch genommenen Ermächtigung werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Schuldtiteln des Bundes zu Zwecken der Marktpflege abgeschrieben.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Einbeziehung der vom Bund übernommenen Anleihen der Deutschen Bundesbahn gestrichen worden.

Zu § 3

Durch die Ermächtigung wird die Liquidität des Bundes sichergestellt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 4

Abs. 1

Die Vorschrift erweitert die in § 20 Bundeshaushaltsordnung enthaltenen Deckungsmöglichkeiten.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2

Die Vorschrift läßt die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Ausgaben der Gruppen 422 (Bezüge der Beamten und Richter) und 425 (Vergütungen der Angestellten) zu.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3

Während Planstellen für Beamte nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen mit rechtsverbindlicher Wirkung für die Verwaltung ausgebracht sind, werden Stellen für Angestellte und Arbeiter lediglich in der Erläuterung der Titel ausgewiesen. Die Vorschrift bestimmt, daß die Stellen für Angestellte ebenfalls verbindlich sind, sofern der Bundesminister der Finanzen keine Abweichungen zuläßt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4

Die Vorschrift läßt zu, daß die Einnahmen bei den genannten Titeln den Ausgaben zufließen; Haushaltsvermerke bei den einzelnen Titeln sind dadurch entbehrlich.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 5

Die Vorschrift ermöglicht, daß Einnahmen im Zusammenhang mit der Einstellung von Schwerbehinderten zweckgebunden verwendet werden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 6

Die Vorschrift erleichtert den Austausch von Software in der öffentlichen Verwaltung und sichert die Gegenseitigkeit. Unwirtschaftliche Doppelentwicklungen sollen vermieden werden. Außerdem wird klargestellt, daß für erworbene Lizenzen an Standard-Software die jeweilige Lizenzvereinbarung maßgebend ist.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 7

Die Vorschrift regelt die begrenzte Deckungsfähigkeit von Ausgaben bei bestimmten Titeln der Hauptgruppe 5 (sächliche Verwaltungsausgaben) innerhalb eines Kapitels.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 8

Die Bestimmung enthält eine Ermächtigung für den Bundesminister der Finanzen, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Ausgaben im Epl. 14 anzuordnen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 9

Die Verpflichtungsermächtigungen in den Bereichen Beschaffung von Wehrmaterial sowie Forschung und Entwicklung sind qualifiziert gesperrt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 10

Die obersten Bundesbehörden und die anderen Nutzer sollen den Shuttle-Flugdienst zwischen Köln/Bonn und Berlin ab 1993 nicht mehr unentgeltlich nutzen, sondern die auf

sie entfallenden Flugkosten an den Titel 547 02 bei Kapitel 60 03 erstatten. Über diesen Titel erfolgt sodann - wie bisher - die Abrechnung mit der privaten Fluggesellschaft.

Zur Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens sollen auch die auf den nachgeordneten Bereich des Bundes entfallenden Flugkosten aus den Inlandsreisekosten- bzw. Trennungsgeldtiteln der obersten Bundesbehörden an den Titel 547 02 bei Kapitel 60 03 erstattet werden. In Höhe dieser Kosten wird deshalb den obersten Bundesbehörden die Möglichkeit eingeräumt, ihre Inlandsreisekosten- und Trennungsgeldtitel aus den entsprechenden Titeln der nachgeordneten Behörden zu verstärken.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr neu eingefügt.

Zu § 5

Bis zur Verabschiedung einer Neuregelung des § 37 der Bundeshaushaltsordnung ist es notwendig, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Mai 1977 durch eine Übergangsregelung im Haushaltsgesetz Rechnung zu tragen. Eine dauergesetzliche Regelung wird zur Zeit erarbeitet.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 6

Abs. 1

Die Ermächtigung, an institutionelle Zuwendungsempfänger Ausgaben zu leisten, ist von der Billigung der Wirtschaftsplanentwürfe durch die genannten Bundesministerien abhängig. Durch die in Satz 2 angeordnete qualifizierte Sperre wird dem Anliegen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Rechnung getragen, die Wirtschaftsplanentwürfe in die Beratungen einzubeziehen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2

Das Besserstellungsverbot, das früher in Verwaltungsvorschriften zu §§ 44, 44 a der Bundeshaushaltsordnung enthalten war, erhält Gesetzesrang.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3

Die zu den Zuschußtiteln des Bundeshaushalts (institutionelle Förderung) aufgenommenen Stellenübersichten sind Teil der Erläuterungen und damit grundsätzlich nicht verbindlich. Sie können ganz oder teilweise nach § 17 Abs. 1 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung für verbindlich erklärt werden.

Da im Zeitpunkt des Aufstellungsverfahrens des Bundeshaushalts nicht im einzelnen abzusehen ist, welche Projektaufträge der jeweilige institutionell geförderte Zuwendungsempfänger im betreffenden Haushaltsjahr durchzuführen hat, wurden die Stellenübersichten für die Durchführung derartiger Projektaufgaben in die Stellenbindung nicht einbezogen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 7

Absatz 2 begrenzt die Möglichkeit, Rückflüsse bei den Ausgaben "rot" abzusetzen, auf das Haushaltsjahr.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 8

Die in § 8 enthaltenen Regelungen über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 9

Die Vorschrift ermächtigt den Bundesminister der Finanzen, Gewährleistungen für Marktordnungs- und Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet zu übernehmen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 10

Der Ermächtigungsbetrag wurde gegenüber dem Vorjahr um 4 Mrd DM ermäßigt. Dieser Betrag ergibt sich aus Ermäßigungen bei Nr. 5 (Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank), Nr. 11 (Grundrentenabfindung) und dem Rest-Obligo aus § 11 Nr. 15 HG 1990 - DDR- und Treuhandvermögen, bei Aufstockungen der Nr. 2 (Verkehrswesen) und Nr. 15 (Unvorhergesehenes).

Innerhalb des Ansatzes sind folgende Rahmen vorgesehen:

Für die gewerbliche Wirtschaft (Nr. 1) bis zu	30 000 000 000 DM
für das Verkehrswesen (Nr. 2) bis zu	3 200 000 000 DM
für Umweltschutzmaßnahmen (Nr. 3) bis zu	20 000 000 DM
für den Wohnungsbau (Nr. 4) bis zu	25 000 000 000 DM
für Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (Nr. 5) bis zu	620 000 000 DM
für die Landwirtschaft (Nr. 6) bis zu	4 000 000 000 DM
für die Fischwirtschaft (Nr. 7) bis zu	30 000 000 DM
für die Freigabe beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens (Nr. 8) bis zu	1 000 000 DM
für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds (Nr. 9) bis zu	1 000 000 DM
für die Abdeckung von Haftpflichtrisiken im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen (Nr. 10) bis zu	4 000 000 000 DM
für die Grundrentenabfindung bei der Kriegsopferversorgung (Nr. 11) bis zu	200 000 000 DM
für die Gesundung des Steinkohlenbergbaues und der Steinkohlenbergbaugebiete (Nr. 12) bis zu	6 000 000 000 DM
für die Verpflichtungen deutscher Personen, die im Rahmen der Auslandskulturarbeit oder zur Beschaffung von außenwirtschaftlichem Informationsmaterial ins Ausland entsandt werden, gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Einfuhr von Umzugsgut (Nr. 13) bis zu	30 000 000 DM
für Ausstellungen im Bereich von Kunst und Kultur (Nr. 14) bis zu	2 000 000 000 DM
für Unvorhergesehenes (Nr. 15) bis zu	2 291 000 000 DM
zuzüglich Rest-Obligo aus § 11 Nr. 15 des Haushaltsgesetzes 1990 (Deutsche Demokratische Republik und Treuhandvermögen)	10 107 000 000 DM
insgesamt	87 500 000 000 DM

Zu § 11

Die Vorschrift ermöglicht die Übernahme von Haftungskapital bei acht internationalen Finanzierungsinstituten sowie dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und an der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur der Weltbank.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 12

Die Übernahme von Gewährleistungen wird auch in ausländischer Währung zugelassen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 13

Es wird im einzelnen bestimmt, wie Gewährleistungen, die auf Grund von Ermächtigungen in Haushaltsgesetzen der vorangegangenen Jahre übernommen worden sind, sowie Beträge, die durch Enthaltungen freigeworden sind, auf den Gewährleistungsrahmen anzurechnen sind.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 14

Die Hingabe von Schuldscheinen anstelle von Barleistungen ist in den Abkommen über die Gründung und in den Resolutionen über die Aufstockung des Kapitals der in § 14 genannten Banken und Fonds vorgesehen.

Die Abrufe erstrecken sich über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren. Sie richten sich nach dem Finanzierungsbedarf der Institutionen.

Durch die Begebung von Schuldscheinen wird eine nicht erforderliche Liquiditätshaltung bei den Institutionen zu Lasten des Bundeshaushalts vermieden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 15

Die Vorschrift ermöglicht es, kurzfristig notwendige Zustimmungen zu Kapitalerhöhungen bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung zu erteilen, um das Beteiligungsverhältnis des Bundes beibehalten zu können. Zahlungen erfolgen über einen Ausgabetitel.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 16

Abs. 1 und 2

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3

Die Bestimmung enthält eine Einsparungsaufgabe nach Zahl und Wertigkeit für die nach Absatz 1 zusätzlich bewilligten Planstellen und Stellen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4

Die Vorschrift regelt Einzelheiten bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 5

Die Regelung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 17

Die Vorschrift regelt im wesentlichen das Verfahren zur Ausbringung von Leerstellen für Beamte, die ohne Dienstbezüge zu bestimmten Einrichtungen beurlaubt werden.

Absatz 3 stellt klar, daß Planstellen auch für Beamte ausgedrückt werden können, die bei bestimmten Einrichtungen verwendet werden oder an einer langfristigen Konferenz teilnehmen sollen, ihre Dienstbezüge aber weiterhin vom bisherigen Dienstherrn erhalten.

Einbezogen sind auch Tätigkeiten im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und im Rahmen der Hilfe beim Aufbau des Rechtssystems der Staaten Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Die Regelung in Abs. 5 ist erforderlich geworden, nachdem der Erziehungsurlaub von 18 Monaten auf 3 Jahre verlängert worden ist und die langfristige Nichtbesetzung des Dienstpostens bzw. Arbeitsplatzes unvermeidbar sein kann.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 18

Die Bestimmung ermöglicht es, freiwerdende Planstellen unmittelbar nach Ausscheiden des Planstelleneinhabers neu zu besetzen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 19

(Vorjahr § 20)

Die Bestimmung regelt das Ausbringen einer Leerstelle beim Sondertatbestand der Wahl eines Bundesrichters zum Richter an das Bundesverfassungsgericht.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 20

(Vorjahr § 21)

Die Abweichung von § 50 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung ermöglicht es, die Bediensteten langfristig an die Vertretungen abzuordnen. Die Tätigkeit der Bediensteten bei den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgt im Interesse der abordnenden Verwaltung.

Außerdem wird ermöglicht, daß die abordnende Stelle die Personalausgaben für Bedienstete des höheren Dienstes, die gemäß § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung zur Ableistung der neunmonatigen Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet werden, auch über den Zeitpunkt der Verabschiedung des nächsten Haushaltsgesetzes hinaus weiterzahlen kann.

Die Nummer 3 ermöglicht die Weiterzahlung der Personalausgaben bei der Abordnung von Bundesbediensteten zur Verwaltung eines Landes in dem in Artikel 1 Abs. 1 des Einigungsvertrags genannten Gebiet, ohne daß es der Einwilligung des Bundesministers der Finanzen bedarf.

Einbezogen in diese Regelung werden die kommunalen Ämter für offene Vermögensfragen. Der Bund beabsichtigt, ebenso wie die Länder Beamte zu diesen Ämtern abzuordnen, um eine schnelle Klärung der Eigentumsfragen zu ermöglichen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 21

(Vorjahr § 22)

Die Regelung ermöglicht eine Aufrechterhaltung der Zusatzversorgung für in das Beitrittsgebiet wechselnde Arbeitnehmer, wenn sie dort ebenfalls im öffentlichen Dienst tätig werden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr redaktionell verändert.

Zu § 22
(Vorjahr § 23)

Bei den in der Anlage E zu den Kapiteln 10 04 und 60 06 enthaltenen Einnahmen und Ausgaben handelt es sich um Eigenmittel, Mittelzuweisungen und Marktordnungsausgaben der Europäischen Gemeinschaften, die von deutschen Stellen bewirtschaftet werden. Deshalb wird bestimmt, daß die Vorschriften der genannten Rechtsgrundlagen entsprechend anwendbar sind.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 23
(Vorjahr § 24)

Die Regelung eröffnet dem Bund die Möglichkeit, der Bundesanstalt für Arbeit zur Behebung kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten und damit zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft Betriebsmitteldarlehen zu gewähren.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr redaktionell verändert worden.

Zu § 24
(Vorjahr § 25)

Mit der Vorschrift wird die Zweckbindung eines Teils des Mineralölsteueraufkommens auch auf sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr ausgedehnt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 25
(Vorjahr § 26)

Die Vorschrift stellt den Auftrag des Artikel 21 des Einigungsvertrags über die Verwendung von Erlösen aus Veräußerungen von bestimmten Vermögenswerten sicher. Die im Bundeshaushalt veranschlagten Ausgaben für das in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannte Gebiet übersteigen die aus den Erlösen zu erwartenden Einnahmen um ein Vielfaches. Deshalb sind Einzelnachweise über die Verwendung der Erlöse entbehrlich.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 26
(Vorjahr § 27)

Die Vorschrift entbindet den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von der Verpflichtung gemäß § 19 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, die Verteilung der für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Mittel bis zum 1. Dezember des dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahres vorzunehmen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 27
(Vorjahr § 28)

Abs. 1

Die Vorschrift enthält die Verpflichtung der Deutschen Bundespost, die im Haushaltsjahr 1993 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse gegenüber dem Bund zusteht.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2 und 3

Die Vorschriften enthalten Übergangsregelungen, die sich auf die Trennung der politischen und hoheitlichen von den unternehmerischen und betrieblichen Aufgaben auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens auf Grund des § 1 Abs. 1 des Postverfassungsgesetzes beziehen.

Abs. 2

Die Vermögensgegenstände sind zur Erfüllung der Hoheitsaufgaben beschafft worden. Deshalb sollen mit der Aufgabe die zu ihrer Erfüllung beschafften Vermögensgegenstände übergehen. Verwaltungsaufwendige Wertermittlungen werden vermieden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3

Solange der Bundesminister für Post und Telekommunikation ihm obliegende Aufgaben noch nicht übernommen hat, müssen die Aufgaben von den Unternehmen der Deutschen Bundespost weitergeführt werden. Zur Verwaltungsvereinfachung sollen die Unternehmen auch die damit verbundenen Ausgaben tragen. Verwaltungsaufwendige Erstattungsverfahren, die eine Aufgabenabgrenzung für die Vergangenheit innerhalb der Unternehmen erforderten, unterbleiben.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4

Im Hinblick auf die überproportional verstärkten notwendigen Investitionen der drei Unternehmen der Deutschen Bundespost in den neuen Bundesländern soll die Vorschrift, die zu einer Verminderung der Postablieferung führt, sicherstellen, daß der Eigenkapitalanteil des Unternehmens Deutsche Bundespost TELEKOM, das im Wege des Finanzausgleichs die Verluste der Unternehmen Deutsche Bundespost POSTDIENST und POSTBANK deckt, verbessert wird.

Zu § 28
(Vorjahr § 29)

Die Ermächtigung für den Präsidenten des Bundesausgleichsamts, Kassenverstärkungskredite für Zwecke des Lastenausgleichs aufzunehmen, wird zur Klarstellung mit dem vollen Wortlaut wiedergegeben.

Die Ermächtigung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 29
(Vorjahr § 30)

Die Vorschrift zählt die Bestimmungen auf, die bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr weitergelten.

Zu § 30
(Vorjahr § 31)

Die Vorschrift regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes.

Entwurf
Gesamtplan
des Bundeshaushaltsplans
1993

Teil I: Haushaltsübersicht
mit Anlage Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einnahmen

Teil I: Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuer- ähnliche Abgaben
		1993 1000 DM
1	2	3
	Es treten hinzu:	
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	-
02	Deutscher Bundestag	-
03	Bundesrat	-
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	-
05	Auswärtiges Amt	-
06	Bundesminister des Innern	-
07	Bundesminister der Justiz	-
08	Bundesminister der Finanzen	-
09	Bundesminister für Wirtschaft	-
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6 050
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	-
12	Bundesminister für Verkehr	-
13	Bundesminister für Post und Telekommunikation	-
14	Bundesminister der Verteidigung	-
15	Bundesminister für Gesundheit	-
16	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	-
17	Bundesminister für Frauen und Jugend	-
18	Bundesminister für Familie und Senioren	-
19	Bundesverfassungsgericht	-
20	Bundesrechnungshof	-
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	-
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	-
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	-
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	-
32	Bundesschuld	-
33	Versorgung	-
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	-
36	Zivile Verteidigung	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung	368 397 000
	Summe Haushalt 1993	368 403 050
	Summe Haushalt 1992	351 030 550
	gegenüber 1992 – mehr(+)/weniger(-) –	+ 17 372 500

¹⁾ Zu Spalte 3: Darin Steuereinnahmen in Höhe von 367,5 Milliarden DM.

Zu Spalten 4 und 5: Verwaltungseinnahmen sowie übrige Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten = 380 000 Millionen DM) = 290 247 Millionen DM.

Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Gesamtplan

Verwaltungseinnahmen	Übrige Einnahmen	Summe Einnahmen		gegenüber 1992 mehr (+) weniger (-)	Epl.
		1993 1000 DM	1992 1000 DM		
4	5	6	7	8	9
70	–	70	83	– 13	01
2 309	1	2 310	3 227	– 917	02
18	–	18	18	–	03
1 639	–	1 639	1 488	+ 151	04
74 553	3 000	77 553	72 773	+ 4 780	05
267 719	11 834	279 553	134 183	+ 145 370	06
332 668	186	332 854	300 973	+ 31 881	07
1 079 256	171 988	1 251 244	1 009 125	+ 242 119	08
152 506	151 766	304 272	486 665	– 182 393	09
65 729	229 017	300 796	327 205	– 26 409	10
14 117	1 271 504	1 285 621	1 632 222	– 346 601	11
684 989	528 928	1 213 917	2 095 559	– 881 642	12
7 039 546	18 503	7 058 049	9 344 548	– 2 286 499	13
570 100	164 955	735 055	735 045	+ 10	14
50 081	1 268	51 349	86 755	– 35 406	15
365 106	1 485	366 591	433 283	– 66 692	16
13 662	19 928	33 590	24 353	+ 9 237	17
4 576	65 178	69 754	39 758	+ 29 996	18
346	–	346	378	– 32	19
32	–	32	889	– 857	20
72 543	1 301 866	1 374 409	1 367 212	+ 7 197	23
30 256	1 204 684	1 234 940	1 114 831	+ 120 109	25
65 643	9 001	74 644	100 154	– 25 510	30
6 060	402 270	408 330	393 337	+ 14 993	31
1 400 003	38 591 900	39 991 903	42 521 703	– 2 529 800	32
3 000	880 600	883 600	76 000	+ 807 600	33
47 760	78 544	126 304	145 430	– 19 126	35
5 783	11 667	17 450	20 220	– 2 770	36
7 231 306	2 545 501	378 173 807	362 632 583	+ 15 541 224	60
19 581 376	47 665 574	435 650 000	425 100 000	+ 10 550 000	
24 001 174	50 068 276				
– 4 419 798	– 2 402 702				

Gesamtplan

Ausgaben

Teil I: Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personal-	Sächliche	Militärische	Schulden-
		ausgaben	Verwaltungs-	Beschaffungen,	dienst
		1993	1993	1993	1993
		1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	15 531	8 398	–	–
02	Deutscher Bundestag	524 839	211 708	–	–
03	Bundesrat	16 635	10 656	–	–
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	109 074	459 232	–	–
05	Auswärtiges Amt	1 086 671	252 054	–	–
06	Bundesminister des Innern	2 964 917	1 015 632	–	–
07	Bundesminister der Justiz	404 127	150 680	–	–
08	Bundesminister der Finanzen	2 956 995	1 281 927	–	110 224
09	Bundesminister für Wirtschaft	570 143	334 141	–	–
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	432 231	156 525	–	–
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	206 674	141 418	–	–
12	Bundesminister für Verkehr	1 895 653	2 392 653	–	–
13	Bundesminister für Post und Telekommunikation	249 676	117 981	–	–
14	Bundesminister der Verteidigung	25 930 901	6 176 790	16 976 105	–
15	Bundesminister für Gesundheit	243 202	197 837	–	–
16	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	188 996	337 194	–	–
17	Bundesminister für Frauen und Jugend	1 610 776	63 836	–	–
18	Bundesminister für Familie und Senioren	20 092	22 249	–	–
19	Bundesverfassungsgericht	18 541	3 460	–	–
20	Bundesrechnungshof	59 547	6 284	–	–
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	54 121	22 055	–	–
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	106 952	134 651	–	–
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	91 431	37 770	–	–
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	45 406	30 081	–	–
32	Bundesschuld	24 442	457 803	–	47 042 400
33	Versorgung	10 769 161	–	–	–
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	586 000	386 930	–	–
36	Zivile Verteidigung	166 794	263 821	–	–
60	Allgemeine Finanzverwaltung	3 121 667	739 225	585 000	49 557
	Summe Haushalt 1993	54 471 195	15 412 991	17 561 105	47 202 181
	Summe Haushalt 1992	51 672 323	15 328 393	18 354 609	44 322 204
	gegenüber 1992 – mehr(+)/weniger(–) –	+ 2 798 872	+ 84 598	– 793 504	+ 2 879 977

Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) 1993 1000 DM	Ausgaben für Investitionen 1993 1000 DM	Besondere Finanzierungs- ausgaben 1993 1000 DM	Summe Ausgaben			Epl.
			1993 1000 DM	1992 1000 DM	gegenüber 1992 mehr (+) weniger (-) 1000 DM	
7	8	9	10	11	12	13
3 500	2 140	-	29 569	29 546	+ 23	01
127 816	41 955	-	906 318	931 452	- 25 134	02
252	2 785	-	30 328	28 698	+ 1 630	03
52 435	4 358	-	625 099	612 836	+ 12 263	04
2 113 590	199 350	-	3 651 665	3 445 510	+ 206 155	05
3 668 806	961 248	- 50 000	8 560 603	8 562 857	- 2 254	06
137 909	47 401	-	740 117	713 009	+ 27 108	07
839 523	765 987	-	5 954 656	5 784 031	+ 170 625	08
6 493 831	7 626 803	- 100 000	14 924 918	15 681 036	- 756 118	09
11 790 129	1 998 962	-	14 377 847	13 950 670	+ 427 177	10
98 043 015	384 519	-	98 775 626	90 766 777	+ 8 008 849	11
13 857 418	26 109 081	-	44 254 805	39 975 917	+ 4 278 888	12
31 840	153 731	-	553 228	540 773	+ 12 455	13
2 073 128	243 076	- 600 000	50 800 000	52 106 795	- 1 306 795	14
499 744	130 571	-	1 071 354	1 051 305	+ 20 049	15
70 877	694 845	-	1 291 912	1 339 346	- 47 434	16
1 130 787	20 031	-	2 825 430	2 767 076	+ 58 354	17
31 595 866	28 442	32	31 666 681	31 815 589	- 148 908	18
-	722	-	22 723	23 173	- 450	19
19	3 068	-	68 918	63 658	+ 5 260	20
1 665 420	6 778 404	-	8 520 000	8 317 179	+ 202 821	23
4 166 890	3 754 196	-	8 162 689	8 190 617	- 27 928	25
6 699 989	2 953 519	- 180 000	9 602 709	9 344 000	+ 258 709	30
3 565 750	2 892 091	-	6 533 328	6 420 055	+ 113 273	31
5 354 005	6 002 309	-	58 880 959	57 696 125	+ 1 184 834	32
2 962 062	-	-	13 731 223	12 039 113	+ 1 692 110	33
131 010	181 000	-	1 284 940	1 430 883	- 145 943	35
116 725	302 660	-	850 000	937 384	- 87 384	36
40 298 922	1 607 984	550 000	46 952 355	50 534 590	- 3 582 235	60
237 491 258	63 891 238	- 379 968	435 650 000	425 100 000	+ 10 550 000	
228 265 393	68 584 546	- 1 427 468				
+ 9 225 865	- 4 693 308	+ 1 047 500				

Anlage zur Haushaltsübersicht

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan und deren Inanspruchnahme

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung 1993 1000 DM	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden				
			1994 1000 DM	1995 1000 DM	1996 1000 DM	Folgejahre 1000 DM	Für künftige Haushaltsjahre 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
	Es treten hinzu:						
01	Bundespräsidialamt	–	–	–	–	–	–
02	Deutscher Bundestag	11 096	7 320	2 000	–	–	1 776
03	Bundesrat	–	–	–	–	–	–
04	Bundeskanzleramt	7 550	7 300	250	–	–	–
05	Auswärtiges Amt	269 189	164 139	62 550	6 500	–	36 000
06	Bundesminister des Innern	680 348	329 080	173 358	113 380	7 230	57 300
07	Bundesminister der Justiz	85 800	55 400	20 150	10 250	–	–
08	Bundesminister der Finanzen	513 510	425 010	69 500	4 500	14 500	–
09	Bundesminister für Wirtschaft	8 032 554	2 060 654	1 703 650	1 095 850	98 000	3 074 400
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2 005 061	922 592	485 719	295 250	301 500	–
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	731 950	456 150	169 950	103 850	–	2 000
12	Bundesminister für Verkehr	8 663 556	5 743 512	2 080 624	781 420	58 000	–
13	Bundesminister für Post und Telekommunikation	111 096	57 596	43 500	9 000	1 000	–
14	Bundesminister der Verteidigung	7 116 317	3 176 197	1 892 702	1 032 102	1 005 816	9 500
15	Bundesminister für Gesundheit	191 602	89 333	55 269	46 700	–	300
16	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	502 375	241 835	149 360	75 980	200	35 000
17	Bundesminister für Frauen und Jugend	218 650	76 050	68 450	53 650	20 000	500
18	Bundesminister für Familie und Senioren	102 850	62 350	24 800	15 400	–	300
19	Bundesverfassungsgericht	2 075	1 075	840	160	–	–
20	Bundesrechnungshof	–	–	–	–	–	–
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	10 046 828	334 100	280 200	205 350	36 550	9 190 628
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	6 136 045	1 631 045	1 477 300	823 300	2 204 400	–
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	4 130 130	1 227 225	1 097 025	782 580	509 400	513 900
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	635 178	385 126	159 201	81 601	8 250	1 000
32	Bundesschuld	200	200	–	–	–	–
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	36 500	18 800	12 700	5 000	–	–
36	Zivile Verteidigung	173 930	112 350	44 010	8 210	359	9 001
60	Allgemeine Finanzverwaltung	3 621 000	406 000	267 000	197 000	2 751 000	–
	Summe	54 025 390	17 990 439	10 340 108	5 747 033	7 016 205	12 931 605

Gesamtplan: Teil II

Finanzierungsübersicht		Betrag für 1993	Betrag für 1992
- 1000 DM -			
Ermittlung des Finanzierungssaldos			
1.	Ausgaben	435 650 000	425 100 000
	(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags)		
2.	Einnahmen	396 750 000	383 745 000
	(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Mehreinnahmen bei Kap. 60 02 Tit. 121 04, Einnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)		
3.	Finanzierungssaldo	- 38 900 000	- 41 355 000
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos			
4.	Nettoneuverschuldung/Nettotilgung am Kreditmarkt		
4.1	Einnahmen	(141 780 000)	(120 020 000)
4.1.1	aus Krediten vom Kreditmarkt.....	141 780 000	112 556 180
	(darunter aus unterjährigen Krediten höchstens bis zu 50 000 000 TDM)		
4.1.2	aus Mehreinnahmen bei Kap. 60 02 Tit. 121 04.....	-	7 463 820
4.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt.....	(103 780 000)	(79 490 000)
4.2.1	durch Kredite vom Kreditmarkt	103 780 000	72 026 180
4.2.2	durch Mehreinnahmen bei Kap. 60 02 Tit. 121 04.....	-	7 463 820
4.3	Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge.....	-	-
	Saldo	- 38 000 000	- 40 530 000
5.	Ausgaben zur Tilgung der Investitionshilfe-Abgabe	-	-
6.	Marktpflege	-	-
7.	Nettoneuverschuldung insgesamt	- 38 000 000	- 40 530 000
8.	Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	-	-
9.	Rücklagenbewegung		
9.1	Entnahmen aus Rücklagen.....	-	-
9.2	Zuführungen an Rücklagen.....	-	-
10.	Münzeinnahmen	- 900 000	- 825 000
11.	Finanzierungssaldo	- 38 900 000	- 41 355 000

Gesamtplan: Teil III

	Kreditfinanzierungsplan	Betrag für 1993	Betrag für 1992
		- 1000 DM -	
1.	Einnahmen		
1.1	aus Krediten vom Kreditmarkt davon voraussichtlich		
1.1.1	langfristig (mehr als 4 Jahre)	52 780 000	82 556 180
1.1.2	kürzerfristig (1 bis 4 Jahre)	39 000 000	30 000 000
1.1.3	unterjährig.....	50 000 000	-
1.2	aus Mehreinnahmen bei Kap. 6002 Tit. 121 04	-	7 463 820
	Summe 1	141 780 000	120 020 000
2.	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt		
2.1	Tilgung langfristiger Schulden mit Laufzeiten von mehr als 4 Jahren	(54 600 000)	(61 734 000)
2.101	Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung	-	-
2.102	Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienzuschüsse.....)	15 000 000	13 650 000
2.103	Bundesschatzbriefe	3 757 000	6 046 000
2.104	Schuldbuchkredite	-	-
2.105	Schuldscheindarlehen	11 215 000	14 613 000
2.106	Bundesschatzanweisungen	8 257 000	10 209 000
2.107	Bundesschatzobligationen	16 250 000	17 100 000
2.108	Ausgleichsforderungen nach dem Umstellungsergän- zungsgesetz	13 000	12 000
2.109	Ablösungsschuld	-	-
2.110	Altsparentscheidung.....	-	-
2.111	Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkom- men)	-	-
2.112	Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Ent- schädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslands- bonds-Entschädigungsgesetz)	-	-
2.113	Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten.....	-	-
2.114	Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen.....	108 000	104 000
2.2	Tilgung kürzerfristiger Schulden mit Laufzeiten von 1 bis zu 4 Jahren	(19 180 000)	(17 756 000)
2.201	Bundesschatzanweisungen.....	611 500	2 392 000
2.202	Unverzinsliche Schatzanweisungen.....	457 400	738 000
2.203	Finanzierungsschätze des Bundes	17 201 100	11 483 000
2.204	Schuldscheindarlehen	910 000	3 143 000
2.3	Tilgung unterjähriger Schulden	30 000 000	-
2.4	Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	-
	Summe 2	49 180 000	79 490 000
3.	Ausgaben zur Tilgung der Investitionshilfe-Abgabe.....	-	-
4.	Ausgaben zur Schuldentilgung insgesamt	103 780 000	79 490 000
5.	Marktpflege	-	-
6.	Zusammen.....	103 780 000	79 490 000
	Saldo aus 1. und 6. (im Haushaltsplan insgesamt veran- schlagte Nettoneuverschuldung).....	38 000 000	40 530 000
	Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften - einschließlich ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	-	-
	Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörper- schaften - einschließlich ERP - Sondervermögen und LA - Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	-	-

Übersichten
zum Bundeshaushaltsplan
1993 1)

Teil I: Gruppierungsübersicht

Teil II: Funktionenübersicht

Teil III: Haushaltsquerschnitt

**Teil IV: Übersicht über die den Haushalt
durchlaufenden Posten**

Teil V: Personalübersicht

1) Anlagen gemäß § 14 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl I S 1284) auf der Grundlage des für Bund und Länder einheitlichen Gruppierungs- und Funktionenplans.

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1993	1992
		– Millionen DM –	

Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	368 403	351 031
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	271 094	244 410
02-04	Bundessteuern	96 403	105 790
09	Steuerähnliche Abgaben	906	831
091	Einnahmen aus Abschöpfungen	0	0
092	Münzeinnahmen	900	825
099	Sonstige	6	6
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen .	23 950	29 014
11	Verwaltungseinnahmen	4 493	5 093
111	Gebühren, sonstige Entgelte	3 395	3 955
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. Gerichts- und Verwaltungskosten)	36	33
113	Verkaufserlöse, soweit nicht unter 13	169	159
119	Sonstige	894	946
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	14 817	17 170
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	7 059	7 137
122	Konzessionsabgaben	6 695	9 083
124	Mieten und Pachten	973	721
125	Erlöse aus der Veräußerung von bewegl. Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	76	74
129	Sonstige	15	155
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, soweit in der Vermögensrechnung erfaßt, Kapitalrückzahlungen	271	1 738
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	225	182
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	17	16
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	–	1 500
134	Kapitalrückzahlungen	29	40
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	240	251
152	von Ländern	233	244
153	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	7	7
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	1 203	1 219
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	162	153
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	721	720
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	321	346
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	813	1 482
172	von Ländern	799	867
173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	13	15

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1993	1992
		– Millionen DM –	
176	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	–	600
177	von Zweckverbänden	–	–
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	2 113	2 061
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen	222	203
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	882	876
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	1 009	982
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	5 290	4 520
21	Allgemeine Finanzaufweisungen aus dem öffentlichen Bereich	–	–
23	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem öffentlichen Bereich	41	36
232	von Ländern	23	17
233	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
236	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	17	18
24	Sonstige Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich	1 437	553
242	von Ländern	1 404	521
243	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	22	22
246	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	10	10
247	von Zweckverbänden	1	1
25	Sonstige Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	–	–
27	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	1 712	1 199
271	aus dem Inland	697	233
276	aus dem Ausland	1 015	966
28	Sonstige Erstattungen und Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	2 101	2 732
281	Erstattungen aus dem Inland	725	1 200
282	Zuschüsse aus dem Inland	2	2
286	Erstattungen aus dem Ausland	1 374	1 530
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	–	–
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	38 007	40 535
31	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen	–	–
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	38 000	40 530
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 000	40 530
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	–	–
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	7	5
341	Beiträge	7	5
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	0
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	–	–
351	aus der Ausgleichsrücklage	–	–

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1993	1992
		– Millionen DM –	
352	aus der Betriebsmittelrücklage	–	–
355	aus der Konjunkturausgleichsrücklage	–	–
359	Sonstige	–	–
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	–	–
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	–	–
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–
	Gesamteinnahmen	435 650	425 100
4	Personalausgaben	54 471	51 672
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	358	354
411	Aufwendungen für Abgeordnete	349	346
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	8	8
42	Dienstbezüge und dergleichen	38 302	37 636
421	Bezüge des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	15	15
422	Bezüge der Beamten und Richter	9 123	8 707
423	Bezüge der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, Wehrosold der Wehrpflichtigen sowie Sold der Zivildienstleistenden	15 660	15 759
425	Vergütungen der Angestellten	6 282	5 995
426	Löhne der Arbeiter	6 257	6 116
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich usw. Tätige	368	366
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	599	678
43	Versorgungsbezüge und dergleichen	10 059	8 866
431	des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	11	9
432	der Beamten und Richter	2 830	2 386
433	der Soldaten	4 190	3 682
435	der Angestellten	–	–
437	nach G 131	2 482	2 549
439	Sonstige	545	239
44	Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen	1 805	1 681
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dergleichen	526	526
442	Unterstützungen	3	3
443	Fürsorgeleistungen	486	518
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dergleichen	791	633
45	Personalbezogene Sachausgaben	927	886
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	4	3
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	879	836
459	Sonstiges	44	47
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	3 020	2 250
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst	80 176	78 005
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	15 444	15 348

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1993	1992
		– Millionen DM –	
511	Geschäftsbedarf	228	220
512	Bücher, Zeitschriften	25	27
513	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	756	829
514	Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	198	199
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände ...	343	369
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände (einschl. Zuschüsse) ..	63	59
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2 459	2 438
518	Mieten und Pachten	908	1 007
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1 475	1 373
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	2 000	1 914
522	Verbrauchsmittel	944	1 071
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	3	2
524	Lehr- und Lernmittel	11	11
525	Aus- und Fortbildung, Umschulung	472	451
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	452	421
527	Dienstreisen	429	419
529	Verfügungsmittel	20	19
531-546	Sonstiges	4 399	4 180
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	259	330
55	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	17 561	18 355
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	–	–
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	47 172	44 302
571	an öffentliche Unternehmen	–	–
572	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
573	für Ausgleichsforderungen	112	116
575	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	47 051	44 178
576	an Ausland	8	8
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	–	–
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	–	–
591	an öffentliche Unternehmen	–	–
592	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
593	für Ausgleichsforderungen	–	–
595	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	–	–
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	237 491	228 265
61	Allgemeine Finanzzuweisungen an öffentlichen Bereich	10 182	13 103
612	an Länder	10 182	13 103
616	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	7 825	251
622	an Länder	136	251
623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–
625	an ERP-Sondervermögen	170	–
626	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
627	an Zweckverbände	–	–
628	an Fonds „Deutsche Einheit“ (Vorj. Gr. 668)	7 519	–

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1993	1992
		– Millionen DM –	
63	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an öffentlichen Bereich	2 169	2 032
632	an Länder	1 582	1 452
633	an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–
636	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	587	579
64	Sonstige Erstattungen an öffentlichen Bereich	16 865	14 981
642	an Länder	11 079	9 757
643	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1 191	1 030
646	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	4 589	4 190
647	an Zweckverbände	6	5
65	Sonstige Zuweisungen an öffentlichen Bereich	95 303	74 188
652	an Länder	6 357	7 201
653	an Gemeinden und Gemeindeverbände	129	156
654	an Lastenausgleichsfonds	660	770
656	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	71 657	66 061
658	an Fonds „Deutsche Einheit“ (Vorj. Gr. 688)	16 500	–
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	8 129	15 807
661	an öffentliche Unternehmen	1 591	1 537
662	an private Unternehmen	1 323	1 025
663	an Sonstige im Inland	5 175	8 096
666	an Ausland	40	30
668	an ehemalige DDR (Fonds „Deutsche Einheit“ 1993 s. Gr. 628)	–	5 119
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	1 680	1 903
671	an Inland	1 648	1 797
676	an Ausland	31	106
68	Sonstige Zuschüsse an sonstige Bereiche	94 064	104 632
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	55 866	54 235
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661 und 687)	8 423	7 645
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	6 102	9 436
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	2 069	1 807
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	10 011	10 096
686	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	5 902	6 044
687	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt ..	5 682	5 460
688	Zuschüsse für laufende Zwecke an ehemalige DDR (Fonds „Deutsche Einheit“ 1993 s. Gr. 658)	9	9 909
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	1 275	1 368
697	an Unternehmen	489	375
698	an Sonstige im Inland	641	681
699	an Ausland	146	312
7	Baumaßnahmen	10 793	11 260
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	53 098	57 324
81	Erwerb von beweglichen Sachen	1 686	2 076
811	Erwerb von Fahrzeugen im Inland	433	426
812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	1 183	1 229
813	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Inland	32	384

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1993	1992
		– Millionen DM –	
816	Erwerb von Fahrzeugen im Ausland	22	21
817	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Ausland	17	15
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	1 406	714
83	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	1 585	1 799
831	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland	188	300
836	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland	1 397	1 499
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	1 694	1 868
852	an Länder	1 668	1 813
853	an Gemeinden und Gemeindeverbände	26	56
856	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
86	Darlehen an sonstige Bereiche	3 345	3 177
861	an öffentliche Unternehmen	291	289
862	an private Unternehmen	7	5
863	Darlehen an Sonstige im Inland	83	68
866	Darlehen an Ausland	2 964	2 815
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	6 000	4 600
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	16 994	19 522
882	an Länder	16 544	19 061
883	an Gemeinden und Gemeindeverbände	450	461
885	an ERP-Sondervermögen	–	–
886	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	20 389	23 569
891	an öffentliche Unternehmen	9 659	9 055
892	an private Unternehmen	1 409	3 175
893	an Sonstige im Inland	2 658	4 088
896	an Ausland	6 640	7 219
898	an ehemalige DDR	21	32
9	Besondere Finanzierungsausgaben	– 380	– 1 427
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	–	–
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	–	–
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	– 380	– 1 428
971	Globale Mehrausgaben	550	400
972	Globale Minderausgaben	– 930	– 1 828
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–
	Gesamtausgaben	435 650	425 100

Grupp.- Nr.	Ausgaben	1993	1992
		– Millionen DM –	

Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten

I Laufende Rechnung

1	Personalausgaben	54 471	51 672
11	Aktivitätsbezüge	42 968	41 731
12	Versorgung	11 503	9 941
2	Laufender Sachaufwand	44 949	45 779
21	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	3 475	3 287
22	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	17 561	18 355
23	Sonstiger laufender Sachaufwand	23 912	24 138
3	Zinsausgaben	47 172	44 302
31	an Verwaltungen	–	–
32	an andere Bereiche	47 172	44 302
321	Sozialversicherung	–	–
322	sonstige	47 172	44 302
4	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	224 511	214 919
41	an Verwaltungen	60 514	56 777
411	Länder	29 339	31 697
412	Gemeinden	1 321	1 186
413	LAF	660	770
414	ERP	170	–
415	Zweckverbände	6	5
416	Fonds „Deutsche Einheit“	24 019	15 019
417	Kreditabwicklungsfonds	5 000	8 000
418	Vermögensentschädigungsfonds	–	100
42	an andere Bereiche	185 497	158 142
421	an Unternehmen	22 656	19 762
422	an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	5 682	5 460
423	Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	55 846	54 235
424	an Sozialversicherung	76 795	70 795
425	an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	2 069	1 807
426	an Ausland	22 449	6 074
427	an ehemalige DDR	–	9
	Summe laufende Ausgaben	371 102	356 673

Grupp.- Nr.	Ausgaben	1993	1992
		– Millionen DM –	
II Kapitalrechnung			
1	Sachinvestitionen	13 885	14 050
11	Baumaßnahmen	10 793	11 260
12	Erwerb von beweglichen Sachen	1 686	2 076
13	Grunderwerb	1 406	714
2	Vermögensübertragungen	38 969	44 761
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	37 383	43 091
211	an Verwaltungen	17 015	19 541
2111	Länder	16 565	19 080
2112	Gemeinden	450	461
212	an andere Bereiche	20 367	23 550
2121	Inland	13 727	16 319
2122	Ausland	6 640	7 231
22	sonstige Vermögensübertragungen	1 586	1 670
221	an Verwaltungen	311	302
2211	Länder	311	302
222	an andere Bereiche	1 275	1 368
2221	Unternehmen-Inland	489	375
2222	Private Haushalte-Inland	641	681
2223	Ausland	146	312
3	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	12 624	11 443
31	Darlehensgewährung	11 039	9 645
311	an Verwaltungen	1 694	1 868
3111	Länder	1 668	1 813
3112	Gemeinden	26	56
312	an andere Bereiche	9 345	7 777
3122	Sonstige-Inland	6 381	4 962
3123	Ausland	2 964	2 815
32	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	1 585	1 799
321	Inland	188	300
322	Ausland	1 397	1 499
4	Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	–	–
	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	65 477	70 255
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	– 930	– 1 828
	Ausgaben zusammen	435 650	425 100
III Finanzierung			
6	Zuführung an Rücklagen	–	–
	Summe	–	–
7	(Saldo Finanzierungsüberschuß)	–	–
IV Haushaltstechnische Verrechnungen			
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–
	Ausgaben lt. Haushaltsplan	435 650	425 100

Grupp.- Nr.	Einnahmen	1993	1992
		– Millionen DM –	
I Laufende Rechnung			
1	Steuern ¹⁾	367 497	350 200
2	Steuerähnliche Abgaben	6	6
3	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	14 817	17 170
31	Mieten und Pachten	973	721
32	sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	13 844	16 449
4	Zinseinnahmen	1 443	1 470
41	von Verwaltungen	240	251
4111	Länder	233	244
4112	Gemeinden	7	7
42	von anderen Bereichen	1 203	1 219
5	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	3 614	3 355
51	von Verwaltungen	1 450	561
5111	Länder	1 427	538
5112	Gemeinden	22	22
5115	Zweckverbände	1	1
52	von anderen Bereichen	2 163	2 793
521	Sozialversicherung	27	28
522	Sonstige-Inland	762	1 235
523	Ausland	1 374	1 530
6	Sonstige laufende Einnahmen	6 170	6 258
	Summe laufende Einnahmen	393 546	378 459

¹⁾ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder

Grupp.- Nr.	Einnahmen	1993	1992
		– Millionen DM –	
II Kapitalrechnung			
1	Veräußerung von Sachvermögen	241	198
2	Vermögensübertragungen	7	5
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	7	5
211	von Verwaltungen	–	–
212	von anderen Bereichen	7	5
2122	Sonstige-Inland	7	5
22	Sonstige Vermögensübertragungen	–	–
3	Darlehnsrückflüsse, Veräußerung von Beteiligungen	2 955	5 083
31	Darlehnsrückflüsse	2 926	3 543
311	von Verwaltungen	813	882
3111	Länder	799	867
3112	Gemeinden	13	15
312	von anderen Bereichen	2 113	2 661
3121	Sozialversicherung	–	600
3122	Sonstige-Inland	1 104	1 079
3123	Ausland	1 009	982
32	Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitaleinlagen	29	1 540
4	Darlehnsaufnahme bei Verwaltungen	–	–
	Summe Einnahmen der Kapitalrechnung	3 204	5 286
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	–	–
	Einnahmen zusammen	396 750	383 745
III Finanzierung			
61	Nettokreditaufnahme	38 000	40 530
62	Entnahme aus Rücklagen	–	–
63	Münzeinnahmen	900	825
	Summe	38 900	41 355
7	(Saldo Finanzierungsdefizit)	38 900	41 355
IV Haushaltstechnische Verrechnungen			
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–
	Einnahmen lt. Haushaltsplan	435 650	425 100

Erläuterungen zum Teil I B

(Gruppierungsübersicht, Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten)

Die vorstehende ökonomische Gliederung versucht die Einnahmen und Ausgaben des Bundes als Teil des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs darzustellen. Sie deckt sich nicht vollständig mit der des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das teilweise Gesichtspunkten Rechnung tragen muß, denen eine auf Haushaltszahlen basierende Einteilung naturgemäß nicht in allen Fällen folgen kann; die Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten ist jedoch soweit dem Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angeglichen, daß sie einer gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Bundesfinanzen zugrunde gelegt werden kann.

Die vorstehende ökonomische Gliederung (Teil I B) weicht vom Teil I A der Gruppierungsübersicht in folgenden Punkten ab:

- Die Zahlungen an/von Sozialversicherungsträger werden - der Finanzstatistik folgend - den sonstigen Bereichen zugeordnet.
- Zahlungen im Rahmen der Schuldendiensthilfen an Dritte, die für die Tilgung von Schulden bestimmt sind, werden **nicht** wie die Zinszuschüsse bei den laufenden Übertragungen, sondern bei den "sonstigen Vermögensübertragungen" nachgewiesen.
- Global veranschlagte Personalverstärkungsmittel sind denjenigen ökonomischen Ausgabearten zugeordnet, die sie voraussichtlich berühren.

Im einzelnen schließen die Ausgabe- und Einnahmepositionen der ökonomischen Gliederung folgende Gruppen ein:

Aktivitätsbezüge: Obergruppen 41 und 42; Gruppen 441, 442, 443; Obergruppe 45.

Versorgung: Obergruppe 43; Gruppe 446.

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens; Gruppen 519 und 521.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.: Obergruppe 55.

Sonstiger laufender Sachaufwand: Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 519 und 521) und 67; Gruppe 685.

Zinsausgaben an Verwaltungen: Obergruppe 56.

Zinsausgaben an andere Bereiche: Obergruppe 57.

Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich: Obergruppen 61 bis 65 (ohne Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656), soweit nicht Tilgungszuweisungen.

Laufende Zuschüsse an Unternehmen: Gruppen 661, 662 und 663, soweit nicht Tilgungszuschüsse; Gruppen 682 und 683.

Laufende Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt: Gruppe 687.

Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen: Gruppe 681.

Laufende Zuschüsse an Sozialversicherung: Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656.

Laufende Zuschüsse an private Institutionen ohne Erwerbscharakter: Gruppe 684.

Laufende Zuschüsse an Ausland: Gruppen 666 und 686.

Zuschüsse für Investitionen an das in Art. 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet: Gruppe 898

Baumaßnahmen: Hauptgruppe 7.

Erwerb von beweglichen Sachen: Obergruppe 81.

Grunderwerb: Obergruppe 82.

Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 88 (ohne Gruppe 886).

Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche: Gruppen 886, 891, 892 und 893.

Zuschüsse für Investitionen an Ausland: Gruppe 896.

Laufende Zuschüsse an das in Art. 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet: Gruppen 668, 688

Sonstige Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich: Gruppen 692 und 693 (einschließlich Tilgungszuweisungen).

Sonstige Vermögensübertragungen an Unternehmen: Gruppe 697 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland: Gruppe 698 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Ausland: Gruppe 699 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Darlehen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 85 ohne Gruppe 856.

Darlehen an sonstige Bereiche: Gruppen 856, 861, 862 und 863; Obergruppe 87.

Darlehen an Ausland: Gruppe 866.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland: Gruppe 831.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland: Gruppe 836.

Darlehensrückzahlung an Gebietskörperschaften: Obergruppe 58 (ohne Gruppe 586).

Zuführung an Rücklagen: Obergruppe 91.

Steuern: Obergruppen 01 bis 08.

Steuerähnliche Abgaben: Obergruppe 09 (ohne Gruppe 092).

Mieten und Pachten: Gruppe 124.

Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit: Obergruppe 12 (ohne Gruppe 124).

Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 15 (ohne Gruppe 156).

Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen: Obergruppe 16.

Laufende Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppen 21 bis 25 (ohne Gruppen 216, 226, 246 und 256 sowie ohne Tilgungszuweisungen).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 216, 226, 236, 246, 256, 261, 281 und 282; Gruppe 112 (ohne Tilgungszuschüsse).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 266, 286 und 287 (ohne Tilgungszuschüsse).

Sonstige laufende Einnahmen: Gruppen 111, 113 und 119; Obergruppe 27.

Veräußerung von Sachvermögen: Gruppen 131 und 132.

Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 33 (ohne Gruppe 336).

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 336, 341 und 342.

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereich (Ausland): Gruppe 346.

Sonstige Vermögensübertragungen: Obergruppe 29 einschließlich Tilgungszuweisungen und -zuschüssen.

Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 17 (ohne Gruppe 176).

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 141, 176, 181 und 182.

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 146 und 186.

Veräußerung von Beteiligungen, Kapitalrückzahlungen: Gruppen 133 und 134.

Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen: Gruppen 312 bis 317.

Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt 1): Obergruppen 32 und 36 abzüglich Obergruppen 59 und 586.

Entnahme aus Rücklagen: Obergruppe 35.

Münzeinnahmen: Gruppe 092.

Die vorstehende ökonomische Gliederung berücksichtigt dagegen wie die Gruppierungsübersicht (Teil I A) die Fallgruppensystematik zur Bereinigung des Zahlungsverkehrs zwischen Bund und Ländern bzw. zwischen Bund und Gemeinden.

1) Zu den Kreditmarkttransaktionen rechnen auch die Darlehensgewährungen der Sozialversicherung bzw. deren Tilgung.

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1993		1992	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			

Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

0	Allgemeine Dienste	4 396	85 304	4 225	100 682
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	303	12 207	306	27 054
011	Politische Führung	91	4 009	82	4 049
012	Innere Verwaltung	14	237	16	215
013	Informationswesen	17	267	17	272
014	Statistischer Dienst	12	238	13	231
015	Zivildienst	8	2 011	7	1 831
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	74	3 720	76	3 533
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	2	33	2	30
018	Hochbauverwaltung	85	638	94	602
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	–	1 054	–	16 292
02	Auswärtige Angelegenheiten	2 677	16 340	2 653	16 150
021	Auslandsvertretungen	59	1 052	57	1 014
022	Internationale Organisationen	1 013	697	973	518
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	1 374	8 440	1 367	8 265
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	12	1 086	10	1 021
029	Sonstiges	219	5 066	246	5 333
03	Verteidigung	867	53 295	889	54 261
031	Verwaltung	0	10 400	0	10 147
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	706	37 600	713	38 363
033	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	126	1 283	145	1 427
034	Zivile Verteidigung	17	846	20	932
036	Wissenschaftliche Forschung	17	2 827	10	2 936
037	Unterhaltungssicherung	–	339	–	455
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	224	2 871	83	2 630
041	Bundesgrenzschutz (nur Bund)	222	2 079	81	1 899
042	Polizei	2	478	1	423
044	Brandschutz	–	–	–	–
049	Sonstiges	1	314	1	309
05	Rechtsschutz	325	591	294	586
051	Verfassungsgerichte	0	23	0	23
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	27	153	28	146
053	Verwaltungsgerichte	1	31	1	30
054	Arbeits- und Sozialgerichte	1	64	1	66
055	Finanzgerichte	3	29	3	28
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	293	292	261	293

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1993		1992	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	597	21 010	681	21 414
11	Verwaltung	–	6	–	5
12	Schulen und vorschulische Bildung	–	17	–	16
13	Hochschulen	10	3 375	10	3 317
131	Universitäten, Technische Hochschulen, Technische Universitäten einschließlich Universitätsbibliotheken und veterinärmedizinischen Kliniken sowie andere Hochschulen mit Universitätsrang	–	0	–	0
133	Verwaltungsfachhochschulen	10	87	10	47
137	Fachhochschulen	–	2	–	5
138	Deutsche Forschungsgemeinschaft	–	885	–	816
139	Sonstiges	–	2 400	–	2 450
14	Förderung des Bildungswesens	402	3 176	387	3 284
141	Ausbildungsförderung für Schüler	–	630	–	660
142	Ausbildungsförderung für Studierende	399	2 039	384	2 059
143	Andere Förderungsmaßnahmen für Schüler	–	–	–	–
144	Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	3	357	3	365
146	Studentenwohnraumförderung	–	150	–	200
149	Sonstiges	–	–	–	–
15	Sonstiges Bildungswesen	3	924	2	1 044
151	Außerschulische Jugendbildung	–	33	–	29
153	Sonstige Weiterbildung	–	137	–	130
155	Betriebliche und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung einschließlich Ausbilderförderung	1	359	2	500
156	Förderung der politischen Bildung	1	306	1	308
157	Bibliothekswesen	–	–	–	–
158	Berufsakademien, Fachakademien	–	–	–	4
159	Sonstiges	–	89	–	73
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschule (ohne Forschung der Verteidigung Funktion 036) ¹⁾	182	12 254	281	12 401
161	Fächerübergreifende Förderungs- und Trägerorganisationen in Wissenschaft und Forschung	–	987	–	1 226
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Dokumentation, Dokumentationsforschung	4	400	4	695
163	Wissenschaftliche Museen	–	9	–	35
165	Kernforschung	–	1 985	–	1 896
166	Sonstige Energieforschung	–	353	–	425
167	Weltraumforschung und -technik	–	1 968	–	1 942
168	Informatik, Datenverarbeitung	–	209	–	199
169	Technologische Forschung und Entwicklung	43	1 688	87	1 555
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	56	1 086	53	1 003
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	–	454	–	489
173	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	0	453	0	395
174	Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	18	527	18	454
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	48	1 118	84	1 032
176	Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	0	86	0	97
177	Boden- und Meeresforschung	3	381	4	321

¹⁾ Einschl. Zuschüsse zu den Sonderforschungsbereichen, ohne Forschung der Verteidigung 036

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1993		1992	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
178	Bildungswesen	–	27	–	26
179	Sonstiges	10	524	32	612
18	Kunst- und Kulturpflege	–	1 241	–	1 135
181	Theater	–	–	–	–
182	Berufssorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	–	–	–	32
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	–	1	–	90
184	Denkmalsschutz und Denkmalspflege	–	40	–	68
185	Naturschutz und Landschaftspflege	–	50	–	60
189	Sonstiges	–	1 150	–	884
19	Kirchliche Angelegenheiten	–	17	–	211
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 489	148 180	2 409	142 220
21	Verwaltung	21	1 193	15	1 167
211	Versicherungsbehörden	15	65	15	65
214	Versorgungsämter	–	7	–	10
215	Lastenausgleichsverwaltung	0	16	0	17
216	Wiedergutmachungsbehörden	–	–	–	–
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung	6	1 105	0	1 076
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	722	73 709	1 719	67 977
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter (nur Bund) ...	–	51 928	–	48 295
222	Knappschaftsversicherung (nur Bund)	–	13 226	–	12 016
223	Unfallversicherung	37	930	38	908
224	Krankenversicherung	–	1 950	600	1 615
225	Arbeitslosenversicherung (nur Bund)	–	4	–	20
226	Altershilfe für Landwirte (nur Bund)	–	4 036	–	3 764
229	Sonstige Sozialversicherungen	685	1 635	1 080	1 358
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	132	35 385	92	35 407
231	Kindergeld	2	21 950	2	22 060
232	Mutterschutz (nur Bund)	–	8 305	–	8 565
233	Wohngeld	–	3 854	–	3 605
234	Sozialhilfeleistungen	35	11	33	11
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	–	142	–	144
237	Jugendhilfeleistungen	82	775	46	592
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentlichen Bereichs	14	12	11	78
239	Förderung der freien Jugendhilfe	–	337	–	352
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	473	17 655	419	17 700
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen (nur Bund)	1	11 689	0	12 111
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	–	58	–	62
243	Lastenausgleich	–	660	–	770
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen	–	817	–	824
245	Sonstige Wiedergutmachungsleistungen	–	29	–	29
246	Vertriebene und Flüchtlinge	10	527	4	618
247	Kriegsopferversorge	463	2 054	415	1 797
249	Sonstiges	0	1 823	0	1 490

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1993		1992	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	140	18 768	165	18 530
251	Arbeitslosenhilfe (nur Bund)	1	11 450	0	8 271
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	34	1 240	71	1 049
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeits- förderung	84	5 953	76	9 090
254	Arbeitsschutz	21	124	19	121
26	Naturkatastrophen	–	–	–	–
27	Förderung der Vermögensbildung	–	550	–	650
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	0	920	0	789
3	Gesundheit, Sport und Erholung	368	1 694	434	2 148
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	1	337	1	327
312	Krankenhäuser und Heilstätten	1	4	1	3
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	324	0	315
319	Sonstiges	–	9	–	9
32	Sport und Erholung	–	240	–	268
323	Sportstätten	–	67	–	60
324	Förderung des Sports	–	173	–	208
329	Sonstiges	–	–	–	–
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	367	1 117	434	1 553
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 344	3 753	1 199	4 907
41	Wohnungswesen	1 283	2 906	1 138	3 877
411	Förderung des Wohnungsbaues	1 283	2 904	1 138	3 875
419	Sonstiges	–	2	–	2
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	1	–	1
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	61	138	60	148
44	Städtebauförderung	0	707	0	881
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	822	6 981	946	7 272
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	9	94	10	85
511	Ernährung und Landwirtschaft	9	94	10	85
52	Verbesserung der Agrarstruktur	708	3 396	800	3 152
521	Flurbereinigung ¹⁾	21	–	19	–
522	Einzelbetriebliche Maßnahmen	197	6	195	8
523	Verbesserung der Marktstruktur ¹⁾	–	38	–	49
524	Wirtschaftswege ¹⁾	–	–	–	–
528	EWG-Ausrichtungsfonds	245	–	406	–
529	Sonstiges ¹⁾	245	3 352	180	3 095

¹⁾ Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1993		1992	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	69	3 157	102	3 799
531	EWG-Garantiefonds	59	–	59	–
532	Marktordnungen (einschl. EG)	7	468	39	436
533	Gasölverbilligung	–	930	–	960
534	Aufwertungsausgleich	–	–	–	–
539	Sonstiges	3	1 759	4	2 404
54	Sonstige Bereiche	35	334	34	236
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienst- leistungen	2 357	16 726	2 651	19 065
61	Verwaltung	32	134	31	135
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	2	438	182	1 633
621	Kernenergie	–	234	30	206
622	Sonstige Energieformen	1	–	151	800
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau ¹⁾	0	–	0	–
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	–	–	–	–
625	Küstenschutz ¹⁾	–	–	–	–
626	Erdölversorgung	–	27	–	39
627	Sonstige Energieversorgung	–	0	–	159
628	Sonstige Rohstoffbeschaffungsmaßnahmen	–	–	–	–
629	Sonstiges	–	178	–	429
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	4 748	–	6 203
631	Kohlenbergbau	–	2 657	–	3 029
632	Sonstiger Bergbau	–	926	–	1 170
634	Verarbeitende Industrie	–	949	–	1 759
635	Handwerk und Kleingewerbe	–	215	–	244
638	Baugewerbe	–	–	–	–
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	–	1	–	1
64	Handel	–	262	–	270
641	Handel (allgemein)	–	45	–	34
642	Exportförderung, Auslandsmessen	–	122	–	141
643	Märkte und Inlandsmessen	–	60	–	60
649	Sonstiges	–	35	–	35
65	Fremdenverkehr	–	51	–	48
66	Geld- und Versicherungswesen	63	57	54	64
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	31	29	25	34
662	Versicherungen	32	28	28	30
669	Sonstiges	–	–	–	–
67	Sonstige Dienstleistungen	–	2	–	2
68	Sonstige Bereiche	1 581	6 282	1 573	4 726
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	679	4 752	812	5 984
691	Betriebliche Investitionen	–	3 719	–	2 946
692	Verbesserung der Infrastruktur	560	1 000	550	2 438
699	Sonstiges	119	33	262	600

¹⁾ Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1993		1992	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1 635	22 074	2 121	22 944
71	Verwaltung	386	663	359	590
711	Straßen- und Brückenbau	8	2	7	–
712	Wasserstraßen und Häfen	233	430	225	407
719	Sonstiges	146	231	127	183
72	Straßen	108	15 852	136	15 186
721	Bundesautobahnen	94	5 501	109	4 585
722	Bundesstraßen	13	5 015	24	4 959
723	Landstraßen	–	51	–	55
725	Gemeindestraßen	1	5 225	3	4 021
729	Sonstiges	1	61	1	1 566
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	100	2 369	596	2 180
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	119	1 255	119	2 868
75	Luftfahrt	472	524	788	1 128
751	Flugsicherung	462	477	779	1 085
759	Sonstiges	10	47	10	43
76	Wetterdienst	120	367	123	342
77	Nachrichtenwesen	330	1 036	–	642
771	Post- und Fernmeldewesen	330	427	–	1
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	–	609	–	641
78	Sonstige Bereiche	0	9	1	9
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	14 771	30 188	18 202	32 328
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	66	96	64	94
811	Domänen	–	1	–	1
812	Forsten	66	95	64	93
82	Versorgungsunternehmen	0	–	0	–
83	Verkehrsunternehmen	6 698	22 935	9 379	22 774
831	Straßenverkehrsunternehmen	–	–	–	–
832	Eisenbahnen	–	22 813	–	22 227
833	Schifffahrt	2	2	2	2
834	Häfen und Umschlag	–	–	–	–
835	Flughäfen und Luftverkehr	0	120	67	130
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	6 695	–	9 309	414
84	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	–	–	–	–
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen	7 034	137	8 047	273
851	Bergbau	–	–	–	21
852	Industrielle Unternehmen	16	–	1 025	50
853	Banken und Kreditinstitute	7 000	128	7 000	188
859	Sonstiges	18	9	21	14

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1993		1992	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	23	15	24	15
861	Staatsbäder	–	–	–	–
862	Lotterie, Lotto, Toto	–	–	–	–
869	Sonstiges	23	15	24	15
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	940	7 005	688	9 161
871	Allgemeines Grundvermögen	940	2 004	688	1 160
872	Allgemeines Kapitalvermögen	10	1	0	1
873	Sondervermögen	–	5 000	–	8 000
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	407 871	99 738	392 232	72 120
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	367 497	34 212	350 200	13 103
92	Schulden	38 590	48 007	41 120	45 177
93	Versorgung	878	13 822	76	12 133
931	Versorgung der Beamten und Richter	4	2 813	3	2 367
932	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	1	4 201	1	3 692
933	Beihilfen für Versorgungsempfänger	–	791	–	633
934	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungs- gesetz vom Bund übernommen worden sind	–	34	–	34
935	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131)	17	1 990	17	2 048
936	Versorgung von Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichs- arbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131)	56	2 611	55	2 621
937	Versorgungsbezüge an Empfänger der ehemaligen DDR	800	1 382	–	738
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	–	595	–	583
95	Rücklagen	–	–	–	–
96	Sonstiges	906	461	837	291
97	Abwicklung der Vorjahre	–	–	–	–
98	Globalposten	–	2 640	–	833
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	–	3 570	–	2 650
988	Globale Mehrausgaben/Globale Mindereinnahmen	–	0	–	10
989	Globale Minderausgaben/Globale Mehreinnahmen	–	– 930	–	– 1 828
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–	–	–
	Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben	435 650	435 650	425 100	425 100

Teil III: Haushaltsquerschnitt

- A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen
- B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwaltungseinnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
0	Allgemeine Dienste	690	-	952	42	0	1	-	341	343
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	28	-	153	2	-	-	-	0	0
02	Auswärtige Angelegenheiten	44	-	284	31	-	-	-	299	299
03	Verteidigung	96	-	507	5	0	1	-	37	39
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	209	-	8	3	-	0	-	0	0
05	Rechtsschutz	313	-	1	0	-	-	-	4	4
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	70	-	58	0	-	-	-	11	11
13	Hochschulen	-	-	2	-	-	-	-	-	-
14	Förderung des Bildungswesens ...	-	-	-	-	-	-	-	3	3
15	Sonstiges Bildungswesen	-	-	1	-	-	-	-	0	0
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	70	-	55	0	-	-	-	7	7
19	Übrige Bereiche aus 1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2	Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1	-	30	0	0	0	-	8	8
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	-	-	4	-	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe ..	0	-	14	-	0	-	-	-	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen ..	-	-	9	-	0	-	-	0	1
241	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	-	-	0	-	-	-	-	-	-
247	Kriegsopferfürsorge	-	-	0	-	0	-	-	-	0
249	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	-	-	8	-	-	-	-	0	0
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	1	-	3	0	-	0	-	7	7
29	Übrige Bereiche aus 2	-	-	0	-	-	-	-	0	0
3	Gesundheit und Sport	353	-	12	0	0	-	-	-	0
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	-	0	0	0	-	-	-	0
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	0	-	-	-	0
319	Übrige Bereiche aus 31	0	-	0	0	-	-	-	-	-
32	Sport	-	-	-	-	-	-	-	-	-
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	353	-	12	0	-	-	-	-	-
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	26	-	2	-	166	5	-	231	402
41	Wohnungswesen	26	-	2	-	149	0	-	231	379
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	17	5	-	-	22
44	Städtebauförderung	-	-	-	-	0	-	-	-	0

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwaltungseinnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15	-	41	0	20	-	-	7	26
52	Verbesserung der Agrarstruktur ...	-	-	10	-	20	-	-	6	25
521	Flurbereinigung	-	-	-	-	1	-	-	-	1
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	-	-	-	-	19	-	-	6	25
528	EWG-Ausrichtungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	-	10	-	-	-	-	0	0
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	-	10	-	-	-	-	-	-
531	EG-Garantiefonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus 53	0	-	10	-	-	-	-	-	-
59	Übrige Bereiche aus 5	15	-	21	0	-	-	-	1	1
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1 417	-	78	0	1	-	-	15	16
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	-	-	1	-	-	-	-	0	0
621	Kernenergie	-	-	-	-	-	-	-	-	-
622	Sonstige Energieformen	-	-	1	-	-	-	-	-	-
626	Erdölversorgung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
629	Übrige Bereiche aus 62	-	-	-	-	-	-	-	0	0
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
64	Handel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	-	-	-	1	-	-	-	1
69	Übrige Bereiche aus 6	1 417	-	76	0	-	-	-	15	15
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen ..	829	-	110	49	46	0	-	1	47
72	Straßen	2	-	59	46	-	0	-	0	0
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	67	-	7	0	0	-	-	1	1
74	Schienenverkehr	-	-	-	-	46	-	-	-	46
75	Luftfahrt	9	-	0	0	-	-	-	-	-
79	Übrige Bereiche aus 7	752	-	44	2	-	-	-	-	-
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	14 588	180	-	-	-	0	0
81	Wirtschaftsunternehmen	-	-	13 818	-	-	-	-	0	0
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	770	180	-	-	-	0	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	367 497	9	-	-	-	-	590	590
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen ...	-	367 497	-	-	-	-	-	-	-
92	Schulden	-	-	-	-	-	-	-	590	590
93	Versorgung	-	-	3	-	-	-	-	-	-
99	Übrige Bereiche aus 9	-	-	6	-	-	-	-	-	-
	Gesamteinnahmen	3 401	367 497	15 880	271	233	7	-	1 203	1 443

– Millionen DM –

Darlehensrückflüsse					Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von			Schuldenaufnahmen bei Verwaltungen	Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	Sonstige Vermögensübertragungen	Sonstige Einnahmen	Einnahmen insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen	Verwaltungen		anderen Bereichen						
Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände			Länder	Gemeinden u. Sonstige							
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
85	-	-	116	201	-	-	539	-	-	-	-	822	5
85	-	-	107	193	-	-	480	-	-	-	-	708	52
20	-	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-	21	521
65	-	-	107	172	-	-	-	-	-	-	-	197	522
-	-	-	-	-	-	-	245	-	-	-	-	245	528
-	-	-	0	0	-	-	235	-	-	-	-	245	529
-	-	-	-	-	-	-	59	-	-	-	-	69	53
-	-	-	-	-	-	-	59	-	-	-	-	59	531
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	533
-	-	-	-	-	-	-	0	-	-	-	-	10	539
-	-	-	9	9	-	-	0	-	-	-	-	45	59
118	-	-	91	209	-	-	638	-	-	-	-	2 357	6
-	-	-	0	0	-	-	-	-	-	-	-	2	62
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	621
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	622
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	626
-	-	-	0	0	-	-	-	-	-	-	-	0	629
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	63
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	64
118	-	-	-	118	-	-	560	-	-	-	-	679	65
-	-	-	91	91	-	-	78	-	-	-	-	1 677	69
73	0	-	6	79	15	-	506	-	-	-	-	1 635	7
-	0	-	0	0	-	-	-	-	-	-	-	108	72
0	-	-	5	5	15	-	6	-	-	-	-	100	73
73	-	-	-	73	-	-	-	-	-	-	-	119	74
-	-	-	0	0	-	-	463	-	-	-	-	472	75
-	-	-	0	0	-	-	38	-	-	-	-	836	79
-	-	-	0	0	-	-	2	-	-	-	-	14 771	8
-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	13 821	81
-	-	-	0	0	-	-	-	-	-	-	-	950	87
-	-	-	-	-	840	23	12	-	-	-	-	368 971	9
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	367 497	91
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	590	92
-	-	-	-	-	840	23	12	-	-	-	-	878	93
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	99
799	13	-	2 113	2 926	1 427	23	3 875	-	7	-	-	396 750	

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Sächliche Ver- waltungs- ausgaben	Rüstungs- käufe usw.	Zins- ausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Sonstige Verwaltung	Zu- sammen
						1	2	3	4
0	Allgemeine Dienste	36 134	11 790	17 511	-	1 537	10	-	1 547
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 124	3 024	-	-	519	1	-	520
02	Auswärtige Angelegenheiten	810	754	-	-	3	-	-	3
03	Verteidigung	25 956	7 234	17 511	-	876	9	-	885
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 864	642	-	-	3	-	-	3
05	Rechtsschutz	380	136	-	-	136	-	-	136
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1 120	7 206	-	-	2 664	-	0	2 664
13	Hochschulen	17	1 091	-	-	560	-	-	560
14	Förderung des Bildungswesens ...	14	5	-	-	1 650	-	-	1 650
15	Sonstiges Bildungswesen	19	348	-	-	19	-	-	19
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 069	5 199	-	-	75	-	-	75
19	Übrige Bereiche aus 1	-	563	-	-	360	-	0	360
2	Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	403	1 353	-	-	10 051	1 050	660	11 761
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	-	31	-	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	1	46	-	-	6 739	1 050	-	7 789
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen ..	-	605	-	-	3 240	-	660	3 900
241	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	-	300	-	-	88	-	-	88
243	Lastenausgleich	-	-	-	-	-	-	660	660
244	Wiedergutmachung	-	-	-	-	790	-	-	790
247	Kriegsopferfürsorge	-	-	-	-	2 034	-	-	2 034
249	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	-	306	-	-	328	-	-	328
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz ..	62	249	-	-	-	-	-	-
27	Vermögensbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus 2	340	421	-	-	73	-	-	73
3	Gesundheit und Sport	114	380	-	-	20	-	-	20
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	8	108	-	-	3	-	-	3
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus 31	8	108	-	-	3	-	-	3
32	Sport	-	-	-	-	-	-	-	-
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktor- sicherheit, Strahlenschutz	107	271	-	-	17	-	-	17
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	3	50	-	2	101	-	103
41	Wohnungswesen	-	2	50	-	-	-	-	-
42	Raumordnung, Landesplanung	-	1	-	-	-	-	-	-
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	-	101	-	101
44	Städtebauförderung	-	-	-	-	2	-	-	2

– Millionen DM –

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen		andere Bereiche			Zu- sammen	Verwaltungen		Zu- sammen			
Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versicherung	Sonstige			Länder	Gemein- den u. Sonstige		andere Bereiche		
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
13	115	-	5 616	5 743	-	-	339	339	-	85 412	0
-	6	-	33	39	-	-	-	-	-	12 207	01
-	-	-	5 443	5 443	-	-	201	201	-	16 340	02
13	108	-	139	261	-	-	138	138	-	53 295	03
-	0	-	-	0	-	-	-	-	-	2 871	04
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	699	05
1 803	-	-	3 074	4 877	-	-	-	-	-	20 903	1
1 600	-	-	26	1 626	-	-	-	-	-	3 375	13
150	-	-	-	150	-	-	-	-	-	3 176	14
3	-	-	110	113	-	-	-	-	-	832	15
18	-	-	2 812	2 830	-	-	-	-	-	12 254	16
32	-	-	126	158	-	-	-	-	-	1 265	19
29	0	-	941	970	-	-	432	432	-	148 180	2
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	73 709	22
11	-	-	-	11	-	-	-	-	-	35 385	23
18	-	-	95	113	-	-	104	104	-	17 655	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11 746	241
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	660	243
-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	845	244
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2 054	247
18	-	-	95	113	-	-	103	103	-	2 350	249
-	-	-	279	279	-	-	328	328	-	18 768	25
-	-	-	550	550	-	-	-	-	-	550	27
-	0	-	17	17	-	-	-	-	-	2 112	29
89	-	-	292	381	-	-	16	16	-	1 694	3
-	-	-	79	79	-	-	-	-	-	337	31
-	-	-	4	4	-	-	-	-	-	4	312
-	-	-	76	76	-	-	-	-	-	333	319
68	-	-	-	68	-	-	-	-	-	240	32
21	-	-	213	234	-	-	16	16	-	1 117	33
2 157	50	-	55	2 261	-	-	-	-	-	3 753	4
1 484	-	-	55	1 538	-	-	-	-	-	2 906	41
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	42
-	18	-	-	18	-	-	-	-	-	138	43
673	32	-	-	705	-	-	-	-	-	707	44

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Sächliche Ver- waltungs- ausgaben	Rüstungs- käufe usw.	Zins- ausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Sonstige Verwaltungen	zu- sammen
						1	2	3	4
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	69	258	-	-	3 285	-	-	3 285
52	Verbesserung der Agrarstruktur ...	-	8	-	-	1 510	-	-	1 510
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	-	-	-	-	-	-	-	-
528	EWG-Ausrichtungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	8	-	-	1 510	-	-	1 510
53	Einkommensstabilisierende Maß- nahmen	-	73	-	-	1 745	-	-	1 745
531	EG-Garantiefonds	-	-	-	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus 53	-	73	-	-	1 745	-	-	1 745
59	Übrige Bereiche aus 5	69	176	-	-	30	-	-	30
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	142	1 412	-	-	-	27	-	27
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	-	44	-	-	-	-	-	-
621	Kernenergie	-	-	-	-	-	-	-	-
622	Sonstige Energieformen	-	-	-	-	-	-	-	-
626	Erdölversorgung	-	17	-	-	-	-	-	-
629	Übrige Bereiche aus 62	-	28	-	-	-	-	-	-
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	-	1 059	-	-	-	-	-	-
64	Handel	-	113	-	-	-	-	-	-
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	6	-	-	-	27	-	27
69	Übrige Bereiche aus 6	142	189	-	-	-	-	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1 945	3 148	-	-	205	-	-	205
72	Straßen	-	1 756	-	-	200	-	-	200
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	733	513	-	-	5	-	-	5
74	Schienerverkehr	-	-	-	-	-	-	-	-
75	Luftfahrt	368	36	-	-	-	-	-	-
79	Übrige Bereiche aus 7	845	843	-	-	-	-	-	-
8	Wirtschaftsunternehmen, allge- meines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	61	701	-	-	-	0	-	0
81	Wirtschaftsunternehmen	61	54	-	-	-	-	-	-
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	-	647	-	-	-	0	-	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	14 483	1 137	-	47 172	11 438	133	16 506	28 078
91	Allgemeine Finanzzuweisungen ...	-	-	-	-	10 193	-	16 500	26 693
92	Schulden	-	482	-	47 172	43	-	-	43
93	Versorgung	10 869	80	-	-	928	133	6	1 067
99	Übrige Bereiche aus 9	3 615	575	-	-	275	-	-	275
	Gesamtausgaben	54 471	27 388	17 561	47 172	29 203	1 321	17 166	47 690

– Millionen DM –

Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen					Schuldendienst an				Ord. Nr.
Renten- Unter- stützungen usw.	an Unternehmen	an Sozial- versicherung	an Sonstige	zu- sammen	Verwaltungen		andere Bereiche	zu- sammen	
					Länder	Gemein- den und Sonstige			
9	10	11	12	13	14	15	16	17	
-	1 161	-	95	1 256	6	-	203	208	5
-	-	-	-	-	6	-	7	13	52
-	-	-	-	-	6	-	4	9	522
-	-	-	-	-	-	-	-	-	528
-	-	-	-	-	-	-	4	4	529
-	1 138	-	7	1 145	-	-	195	195	53
-	-	-	-	-	-	-	-	-	531
-	930	-	-	930	-	-	-	-	533
-	208	-	7	215	-	-	195	195	539
-	23	-	88	111	-	-	1	1	59
-	2 526	0	149	2 675	-	170	924	1 094	6
-	10	-	40	50	-	-	-	-	62
-	-	-	40	40	-	-	-	-	621
-	-	-	-	-	-	-	-	-	622
-	10	-	-	10	-	-	-	-	626
-	-	-	-	-	-	-	-	-	629
-	2 496	-	-	2 496	-	-	399	399	63
-	-	-	89	89	-	-	-	-	64
-	-	-	-	-	-	-	525	525	65
-	20	0	20	40	-	170	-	170	69
0	51	1	207	260	0	-	6	6	7
-	-	-	-	-	0	-	-	0	72
0	50	1	-	51	-	-	6	6	73
-	1	-	-	1	-	-	-	-	74
-	-	-	115	115	-	-	-	-	75
-	-	-	92	92	-	-	-	-	79
-	13 215	-	-	13 215	-	5 000	-	5 000	8
-	13 215	-	-	13 215	-	-	-	-	81
-	-	-	-	-	-	5 000	-	5 000	87
1	-	1 807	-	1 808	-	7 519	-	7 519	9
-	-	-	-	-	-	7 519	-	7 519	91
-	-	-	-	-	-	-	-	-	92
0	-	1 807	-	1 807	-	-	-	-	93
1	-	-	-	1	-	-	-	-	99
55 846	20 227	76 795	7 978	160 846	136	12 689	3 151	15 975	

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Bau- maßnahmen	Erwerb von			Darlehen an				Zu- sammen
			beweglichem Vermögen	unbeweg- lichem	Beteiligungen	Verwaltungen		andere Bereiche		
						Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versiche- rung	Sonstige	
			18	19	20	21	22	23	24	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	14	4	-	-	-	-	-	7	7
52	Verbesserung der Agrarstruktur ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	-	-	-	-	-	-	-	-	-
528	EWG-Ausrichtungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Einkommensstabilisierende Maß- nahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
531	EG-Garantiefonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus 53	-	-	-	-	-	-	-	-	-
59	Übrige Bereiche aus 5	14	4	-	-	-	-	-	7	7
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	4	-	-	6	-	6 000	6 000	6 006
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	-	-	-	-	-	-	-	-	-
621	Kernenergie	-	-	-	-	-	-	-	-	-
622	Sonstige Energieformen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
626	Erdölversorgung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
629	Übrige Bereiche aus 62	-	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
64	Handel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	6	-	-	6
69	Übrige Bereiche aus 6	2	4	-	-	-	-	-	6 000	6 000
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	8 820	453	454	-	3	-	-	162	165
72	Straßen	7 880	186	447	-	3	-	-	14	17
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	816	97	-	-	-	-	-	148	148
74	Schienerverkehr	-	-	-	-	-	-	-	-	-
75	Luftfahrt	0	5	-	-	-	-	-	0	0
79	Übrige Bereiche aus 7	124	165	6	-	-	-	-	1	1
8	Wirtschaftsunternehmen, allge- meines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	448	2	903	125	-	-	-	120	120
81	Wirtschaftsunternehmen	-	1	-	125	-	-	-	120	120
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	448	1	903	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-
91	Allgemeine Finanzzuweisungen ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
92	Schulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-
93	Versorgung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
99	Übrige Bereiche aus 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben	10 793	1 686	1 406	1 585	1 668	26	-	9 345	11 039

– Millionen DM –

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.	
Verwaltungen		andere Bereiche			Zu- sammen	Verwaltungen		andere Bereiche				Zu- sammen
Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versicherung	Sonstige	Länder		Gemein- den u. Sonstige						
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37		
1 865	–	–	16	1 881	–	–	–	–	–	6 981	5	
1 865	–	–	–	1 865	–	–	–	–	–	3 396	52	
35	–	–	–	35	–	–	–	–	–	44	522	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	528	
1 830	–	–	–	1 830	–	–	–	–	–	3 352	529	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	3 157	53	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	531	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	930	533	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2 227	539	
–	–	–	16	16	–	–	–	–	–	428	59	
4 291	–	–	746	5 037	–	–	349	349	–	16 746	6	
150	–	–	194	344	–	–	–	–	–	438	62	
–	–	–	194	194	–	–	–	–	–	234	621	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	622	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	27	626	
150	–	–	–	150	–	–	–	–	–	178	629	
–	–	–	446	446	–	–	349	349	–	4 748	63	
–	–	–	60	60	–	–	–	–	–	262	64	
4 141	–	–	47	4 188	–	–	–	–	–	4 752	65	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	6 546	69	
6 320	280	–	20	6 619	–	–	–	–	–	22 074	7	
5 066	280	–	20	5 366	–	–	–	–	–	15 852	72	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2 369	73	
1 254	–	–	–	1 254	–	–	–	–	–	1 255	74	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	524	75	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2 075	79	
–	6	–	9 608	9 614	–	–	–	–	–	30 188	8	
–	–	–	9 607	9 607	–	–	–	–	–	23 183	81	
–	6	–	0	6	–	–	–	–	–	7 005	87	
–	–	–	–	–	311	–	140	451	– 930	99 717	9	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	34 212	91	
–	–	–	–	–	311	–	–	311	–	48 007	92	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	13 822	93	
–	–	–	–	–	–	–	140	140	– 930	3 676	99	
16 565	450	–	20 367	37 383	311	–	1 275	1 586	– 930	435 650		

Teil IV
Übersicht
über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten
(Die ausgewiesenen Titel sind Leertitel)

Einnahmen		Ausgaben	
Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ist 1991 1 000 DM	Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ist 1991 1 000 DM
Epl. 10 - Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
Erläuterungen			
10 02/380 04 Einnahmen aus der Abgabe der Mühlen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	70	10 02/980 04 Kosten der Stilllegung von Mühlen, der Abfindungen für Ostmüller und anderer Maßnahmen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	177
10 07/380 07 (bis 1989 Tit. 380 02) Beiträge gemäß § 10 des Absatzfondsgesetzes	104 041	10 07/980 07 (bis 1989 Tit. 980 02) Abführung der Beiträge an den zentralen Fonds zur Absatzförderung (Absatzfonds), die das Bundesamt gemäß § 10 des Absatzfondsgesetzes zu erheben hat	104 041
Summe	104 111	Summe	104 218
Epl. 12 - Bundesminister für Verkehr			
12 03/380 07 Lotsgeld, Entgelte der Kanalsteuerer auf dem Nord-Ostsee-Kanal	145 077		
12 03/380 08 Befahrungsabgaben, die für Dritte erhoben werden	15 485	12 03/980 07 Durchleitung von Fremdgeldern	160 562
Summe	160 562	Summe	160 562
Epl. 17 - Bundesminister für Frauen und Jugend			
17 02/380 07 (bis 1989 Kap. 15 02 Tit. 380 02) Zuschlagerlös aus dem Vertrieb der Jugendmarken	13 639	17 02/980 07 (bis 1989 Kap. 15 02 Tit. 980 02) Weiterleitung von Zuschlagerlösen aus dem Vertrieb der Jugendmarken an den Verein "Stiftung Deutsche Jugendmarken e. V"	13 639
Summe	13 639	Summe	13 639
Epl. 60 - Allgemeine Finanzverwaltung			
60 01/380 01-03 Lastenausgleichsabgaben	1 506	60 04/980 01 Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds	1 506
Summe	1 506	Summe	1 506
Gesamtsumme	279 818	Gesamtsumme	249 925

Teil V
A. Übersicht über die Planstellen
– ohne
im

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich	Besoldungsordnung B												Höherer Dienst				
	B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.	A 16	A 15	A 14	A 13	Zus.
													in den				
Bundespräsidialamt a)	1	-	1	-	-	3	-	-	7	-	-	12	8	3	5	-	16
Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung a)	-	-	-	-	-	1	-	-	2	-	-	3	2	2	2	-	6
Deutscher Bundestag ... a)	-	1	3	-	-	12	-	-	55	-	-	71	49	95	84	18	246
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages a)	-	-	-	-	-	1	-	-	3	-	-	4	3	5	7	-	15
Bundesrat a)	-	1	1	-	-	2	-	-	7	-	-	11	3	11	4	1	19
Bundeskanzleramt a)	-	-	6	-	-	14	-	-	33	-	-	53	19	45	20	4	88
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung a)	1	2	3	-	-	4	-	-	18	-	-	28	13	39	25	8	85
Auswärtiges Amt a)	2	-	11	-	-	22	-	-	64	-	-	99	38	177	101	25	341
b)	-	-	18	-	-	52	-	-	115	-	-	185	152	374	268	101	895
Bundesminister des Innern a)	3	-	11	-	1	20	1	-	97	-	-	133	42	159	86	22	309
b)	-	-	1	2	2	15	3	3	27	36	-	89	156	522	729	367	1 774
Bundesminister der Justiz a)	1	-	6	-	-	15	-	-	54	-	-	76	22	94	34	8	158
b)	-	-	-	1	-	-	-	1	1	4	-	7	45	667	49	45	806
Bundesminister der Finanzen a)	3	-	10	-	-	25	1	-	118	-	-	157	50	275	147	41	513
b)	-	-	-	-	24	2	1	-	44	36	-	107	98	458	593	307	1 456
Bundesminister für Wirtschaft a)	2	-	8	-	-	26	-	-	103	-	-	139	49	223	114	35	421
b)	-	-	-	2	3	1	-	2	31	51	53	143	38	293	536	134	1 001
Bundesminister für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten a)	2	-	6	-	-	12	-	-	53	-	-	73	32	139	71	18	260
b)	-	-	-	-	-	2	-	2	28	52	68	152	9	152	331	110	602
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung a)	2	-	8	-	-	15	-	-	63	-	-	88	31	116	68	27	242
b)	-	-	-	1	-	-	1	1	1	11	12	27	7	63	79	21	170
Bundesminister für Verkehr a)	1	-	8	-	-	14	-	-	63	-	-	86	25	199	107	26	357
b)	-	-	-	-	-	2	10	1	7	24	6	50	84	386	667	283	1 420
Bundesminister für Post und Telekommunikation a)	1	-	4	-	-	9	-	-	34	-	-	48	16	57	33	9	115
b)	-	-	-	-	-	2	-	-	3	5	-	10	17	66	48	23	154
Bundesminister der Verteidigung a)	2	-	9	-	-	26	-	-	119	-	-	156	50	284	158	32	524
b)	-	-	1	-	11	4	3	20	16	85	-	140	298	1 274	2 004	652	4 228
Bundesminister für Gesundheit a)	1	-	4	-	-	8	-	-	35	-	-	48	18	67	35	8	128
b)	-	-	-	1	-	-	-	2	8	42	137	190	3	112	234	63	412
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .. a)	1	-	6	-	-	13	-	-	48	-	-	68	27	129	66	20	242
b)	-	-	-	1	1	-	1	1	9	30	28	71	12	131	215	115	473
Bundesminister für Frauen und Jugend .. a)	1	-	2	-	-	4	-	-	13	-	-	20	8	28	17	6	59
b)	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	3	11	46	22	82
Bundesminister für Familie und Senioren a)	1	-	2	-	-	3	-	-	14	-	-	20	9	27	14	5	55
Bundesverfassungs- gericht a)	2	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	4	1	5	1	-	7
Bundesrechnungshof ... a)	1	-	1	-	-	10	-	-	59	-	-	71	13	64	31	10	118

**Personalübersicht
der Beamten
Leerstellen
Bundeshaushaltsplan 1993**

Besoldungsgruppen																				Gesamt- zahl der Plan- stellen
Besoldungsordnung A																				
Gehobener Dienst						Mittlerer Dienst							Einfacher Dienst							
A13+Z	A13	A12	A11	A10	A9	Zus.	A9M+Z	A9m	A8	A7	A6m	A5m	Zus.	A6e	A5e	A4	A3	A2/3	Zus.	
-	9	5	5	1	-	20	2	7	3	4	2	-	18	2	6	2	-	-	10	76
-	2	1	2	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14
3	142	97	61	15	4	322	58	138	109	93	20	2	420	60	186	52	-	3	301	1 360
-	7	4	3	1	-	15	1	1	1	1	-	-	4	-	2	-	-	-	2	40
-	12	12	6	-	-	30	1	3	5	1	1	-	11	7	17	12	-	3	39	110
-	45	20	10	1	1	77	7	19	12	7	-	-	45	7	16	13	-	3	39	302
-	29	15	16	3	3	66	4	11	5	8	-	-	28	4	7	6	-	3	20	227
-	226	111	70	47	12	466	27	70	85	71	16	1	270	19	34	34	-	13	100	1 276
-	229	237	347	200	62	1 075	46	115	248	221	35	8	673	38	76	71	-	19	204	3 032
1	246	83	40	16	5	391	27	61	27	8	10	7	140	15	24	31	-	8	78	1 051
3	576	1 230	2 467	2 114	823	7 213	1 810	4 465	6 889	8 774	5 297	106	27 341	56	65	127	-	36	284	36 701
-	77	29	13	5	2	126	11	30	20	16	4	1	88	10	20	15	-	4	49	491
6	105	161	264	21	6	563	45	131	82	50	-	-	308	37	57	73	12	6	185	1 869
1	408	146	70	21	5	651	49	122	64	15	3	-	253	19	30	35	-	11	95	1 669
4	963	2 203	4 190	4 041	1 997	13 398	1 908	4 464	7 696	6 135	2 186	15 923	548	316	353	715	-	215	1 599	40 108
-	225	83	40	11	4	363	24	62	37	32	8	2	165	21	31	41	-	10	103	1 191
8	81	197	227	121	22	656	14	32	94	92	35	4	271	6	11	15	-	3	35	2 106
5	140	57	26	8	2	238	15	34	16	13	22	7	107	12	24	26	-	7	69	747
-	12	26	52	37	9	136	3	10	16	21	14	-	64	1	-	-	-	-	1	955
-	132	50	22	5	2	211	8	22	10	18	6	5	69	14	21	42	-	7	84	694
2	78	124	117	49	12	382	5	18	12	6	1	-	42	6	13	9	4	1	33	654
10	179	69	44	1	-	303	7	14	21	2	1	-	45	6	8	12	-	3	29	820
59	1 012	1 906	1 141	477	136	4 731	166	482	1 642	1 840	607	206	4 943	37	85	54	-	6	182	11 326
4	87	35	16	9	2	153	14	40	24	27	10	4	119	3	8	4	-	1	16	451
21	202	394	506	144	5	1 272	167	450	823	263	47	49	1 799	18	39	31	-	1	89	3 324
17	419	155	54	29	-	674	79	187	169	148	52	-	635	67	102	126	-	43	338	2 327
89	1 045	2 477	4 545	3 214	1 105	12 475	423	1 001	4 917	4 738	2 027	353	13 459	116	195	246	1	21	579	30 881
-	70	26	12	4	1	113	5	13	9	7	2	1	37	5	10	9	-	4	28	354
-	14	19	34	23	7	97	1	6	12	8	2	-	29	-	-	1	-	-	1	729
2	106	37	18	9	1	173	14	34	23	14	6	1	92	6	7	12	-	4	29	604
1	43	60	69	52	29	254	3	20	31	31	10	8	103	2	5	5	-	-	12	913
-	40	16	7	2	1	66	3	9	6	4	2	1	25	2	5	5	-	1	13	183
-	14	40	122	106	44	326	2	7	38	69	42	11	169	-	1	-	-	-	1	579
-	38	13	8	1	-	60	2	8	4	3	1	4	22	2	3	4	-	1	10	167
3	14	6	4	3	-	30	3	8	8	3	-	-	22	3	7	5	-	2	17	80
13	261	52	5	3	2	336	7	21	14	3	1	-	46	1	3	2	-	-	6	577

**B. Übersicht über die Planstellen der Richter und Staatsanwälte
– ohne Leerstellen –
im Bundeshaushaltsplan 1993**

- a) Bundesverfassungsgericht und
Oberste Gerichtshöfe des Bundes
b) Sonstige Bundesgerichte

Geschäftsbereich	in den Besoldungsgruppen										Gesamtzahl der Planstellen	
	Besoldungsordnung R											
	R 10	R 9	R 8	R 7	R 6	R 5	R 4	R 3	R 2	R 1		
Bundesminister der Justiz	a)	3	1	39	3	242	–	–	40	–	–	328
	b)	–	–	1	–	–	–	1	30	133	3	168
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	2	–	20	–	59	–	–	–	–	–	81
Bundesminister der Verteidigung	b)	–	–	–	–	–	–	–	2	19	–	21
Bundesverfassungsgericht	a)	14	–	–	–	–	–	–	–	–	–	14
Summe	a)	19	1	59	3	301	–	–	40	–	–	423
Summe	b)	–	–	1	–	–	–	1	32	152	3	189
Insgesamt		19	1	60	3	301	–	1	72	152	3	612

**C. Übersicht über die Planstellen der Professoren, Hochschuldozenten, Oberassistenten
und Wissenschaftlichen Assistenten
– ohne Leerstellen –
im Bundeshaushaltsplan 1993**

a) = Oberste Bundesbehörde

b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich	in den Besoldungsgruppen				Gesamtzahl der Planstellen	
	Besoldungsordnung C					
	C 4	C 3	C 2	C 1		
Auswärtiges Amt	a)	–	1	2	–	3
Bundesminister des Innern	b)	–	32	23	–	55
Bundesminister der Finanzen	b)	–	18	12	–	30
Bundesminister für Verkehr	b)	–	1	3	–	4
Bundesminister der Verteidigung	b)	122	155	63	156	496
Summe	a)	–	1	2	–	3
Summe	b)	122	206	101	156	585
Insgesamt		122	207	103	156	588

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

D. Übersicht über die Stellen
im

Geschäftsbereich	Außer- tarifliche Ange- stellte	in den								
		I	I a	I b	II a	II a (T)	II b	III	IV a Kr. X	
Bundespräsidialamt	a)	–	–	–	1	1	–	–	4	2
Geschäftsstelle der Bund-Länder- Kommission für Bildungsplanung	a)	–	–	–	–	1	–	–	–	–
Deutscher Bundestag	a)	3	4	11	2	9	–	–	11	45
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	a)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bundesrat	a)	–	–	–	–	1	–	–	1	3
Bundeskanzleramt	a)	–	–	1	–	–	–	–	5	6
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	1	6	34	47	20	2	–	17	71
Auswärtiges Amt	a)	–	1	10	20	6	–	–	17	29
	b)	–	–	11	33	35	–	–	10	66
Bundesminister des Innern	a)	1	1	1	9	4	–	–	7	18
	b)	6	11	41	108	127	8	–	448	608
Bundesminister der Justiz	a)	–	1	–	1	1	–	–	–	1
	b)	–	–	1	–	–	–	–	2	6
Bundesminister der Finanzen	a)	1	–	3	1	–	1	–	9	6
	b)	1	–	8	14	100	45	–	197	552
Bundesminister für Wirtschaft	a)	1	–	7	15	–	2	–	45	44
	b)	–	4	26	259	109	49	–	177	296
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a)	–	–	1	–	–	–	–	8	10
	b)	–	–	1	101	140	5	–	74	173
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	1	–	1	1	3	–	–	16	19
	b)	–	–	6	39	22	3	–	26	38
Bundesminister für Verkehr	a)	–	–	4	8	–	15	–	14	19
	b)	–	3	35	168	242	63	–	527	485
Bundesminister für Post und Telekommunikation	a)	–	–	8	3	–	–	–	–	–
Bundesminister der Verteidigung	a)	–	2	19	24	7	15	–	35	17
	b)	–	10	44	195	225	72	23	486	1 148
Bundesminister für Gesundheit	a)	–	–	3	10	3	–	–	–	7
	b)	–	2	21	57	59	3	–	20	34
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	a)	–	–	4	1	1	3	–	9	6
	b)	–	2	6	71	64	10	–	43	56
Bundesminister für Frauen und Jugend	a)	–	–	–	2	1	–	–	–	–
	b)	–	–	–	1	–	–	–	–	9
Bundesminister für Familie und Senioren	a)	–	–	–	2	1	–	–	1	–
Bundesverfassungsgericht	a)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bundesrechnungshof	a)	–	–	–	–	1	–	–	–	1
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	a)	1	2	13	14	2	–	–	12	20
	b)	–	–	1	3	2	2	–	1	5
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	a)	–	–	5	3	3	13	–	8	10
	b)	–	–	3	17	57	61	–	119	47
Bundesminister für Forschung und Technologie	a)	–	–	–	–	–	–	–	8	4
	b)	–	–	5	15	21	–	–	5	3
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	a)	–	3	11	16	4	–	–	9	4
Bundesschuldenverwaltung	b)	–	–	–	–	–	–	–	2	13
Zivile Verteidigung	b)	–	2	2	5	21	2	–	24	76
Summe	a)	9	20	136	180	69	51	–	236	342
Summe	b)	7	34	211	1 086	1 224	323	23	2 161	3 615
Insgesamt		16	54	347	1 266	1 293	374	23	2 397	3 957

1) ohne Schreib- und Fernschreibdiens

der Angestellten und Arbeiter
Bundshaushaltsplan 1993

Vergütungsgruppen										Schreib- und Fern- schreib- dienst	Gesamt- zahl der Stellen für An- gestellte	Gesamt- zahl der Stellen für Arbeiter
IV b Kr. IX	V a Kr. VIII	V b Kr. VII	V c Kr. VI	VI a Kr. V	VI b Kr. IV	VII ¹⁾ Kr. III	VIII ¹⁾ Kr. II	IX b ¹⁾ Kr. I	X			
3	-	4	7	-	13	7	-	-	2	10	54	31
-	-	1	1	-	3	-	1	1	-	2	10	2
11	-	59	65	-	268	49	17	11	7	65	637	253
1	-	1	1	-	8	2	-	-	-	7	20	4
1	-	11	14	-	24	1	4	-	3	9	72	6
4	-	14	23	-	47	18	1	6	12	50	187	40
42	2	20	42	-	44	20	26	3	23	60	480	36
9	-	46	55	-	37	29	28	12	28	209	536	133
17	-	126	326	-	848	114	10	4	11	57	1 668	824
16	-	20	61	-	107	37	27	2	18	153	482	120
490	6	506	1 303	-	1 251	2 961	1 238	103	67	1 791	11 073	4 630
2	-	13	35	-	61	29	1	3	12	72	232	38
7	-	66	166	-	184	427	302	143	38	490	1 832	186
10	-	33	55	-	87	49	3	2	17	207	484	89
388	-	718	535	-	1 071	2 423	449	93	162	2 164	8 920	4 328
6	-	31	106	-	64	21	-	3	14	184	543	109
232	9	287	277	-	350	282	84	15	19	184	2 659	415
1	-	10	55	-	31	5	8	-	3	83	215	55
235	-	311	364	-	551	224	118	7	7	163	2 474	1 235
7	-	11	60	-	52	12	5	1	4	97	290	65
21	-	50	73	-	124	106	25	6	11	138	688	139
8	-	31	72	-	86	6	11	-	49	143	466	55
335	119	424	932	-	1 678	1 241	438	72	181	598	7 541	10 275
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	10
32	-	64	191	-	286	184	17	-	-	335	1 228	221
938	38	1 322	4 822	384	6 772	8 278	20 202	400	69	12 973	58 401	93 244
5	-	5	17	-	24	6	6	1	3	43	133	17
47	-	306	297	-	154	96	95	5	19	121	1 346	421
1	-	9	20	-	46	30	2	-	1	74	207	42
34	-	37	64	-	83	39	8	4	1	97	619	83
5	-	7	10	-	18	4	6	-	1	23	77	17
59	-	26	19	-	23	28	9	-	-	43	217	49
2	-	4	3	-	10	4	4	-	4	18	53	11
1	-	4	20	-	4	-	3	-	-	22	54	9
3	-	1	22	-	34	6	1	-	12	19	100	9
3	-	11	25	-	41	6	2	-	-	46	198	31
6	-	1	1	-	4	2	1	-	-	8	37	-
5	-	17	20	-	36	10	1	1	-	57	189	41
28	-	12	13	-	25	25	7	8	3	61	486	21
7	-	8	22	-	35	10	-	-	7	63	164	40
3	-	19	18	-	29	12	7	1	-	4	142	48
8	-	7	25	-	36	14	3	-	6	41	187	15
8	-	19	10	-	63	78	36	1	5	12	247	15
59	-	112	49	-	68	155	28	2	5	81	691	468
193	2	442	1 027	-	1 502	559	177	46	226	2 092	7 309	1 499
2 917	172	4 342	9 269	384	13 278	16 491	23 057	864	598	18 985	99 041	116 381
3 110	174	4 784	10 296	384	14 780	17 050	23 234	910	824	21 077	106 350	117 880

E. Übersicht
über die Planstellen der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit
im Bundeshaushaltsplan 1993

Bes.-Gr.	Dienstgrad	Gesamtzahl der Planstellen	
		Ministerium	Nachgeordneter Bereich
B10	Generale	1	2
B9	Generalleutnante, Vizeadmirale usw.	7	15
B7	Generalmajore, Konteradmirale usw.	7	55
B6	Brigadegenerale, Flottillenadmirale usw.	26	117
	zusammen Generale	41	189
B3	Oberste, Kapitäne z. S. usw.	150	223
A16	Oberste, Kapitäne z. S. usw.	51	905
A15	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	443	2 358
A14	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	333	6 239
A13	Majore, Korvettenkapitäne usw.	51	6 544
A12	Hauptleute, Kapitanleutnante	84	1 081
A11	Hauptleute, Kapitanleutnante	127	11 922
A10	Oberleutnante, Oberleutnante z. S.	65	10 373
A9	Leutnante, Leutnante z. S.	–	7 506
	zusammen übrige Offiziere	1 304	47 221
A10	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	–	–
A9+Z	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	38	2 940
A9	Stabsfeldwebel, Stabsbootsmänner	175	6 775
A8+Z	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner usw.	73	21 011
A7+Z	Oberfeldwebel, Oberbootsmänner	–	30 627
A7	Feldwebel, Bootsmänner usw.	–	29 027
A6	Stabsunteroffiziere, Obermaate	–	38 913
A5	Unteroffiziere, Maate	–	36 693
	zusammen Unteroffiziere	286	165 916
A5	Stabsgefreite	–	1 075
A4	Hauptgefreite	–	17 829
A3	Obergefreite	–	17 415
A2+Z	Gefreite	–	8 842
A1/2	Grenadiere, Flieger, Matrosen usw.	–	4 807
	zusammen Mannschaften	–	49 968
	Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit insgesamt	1 631	263 294
	Nachrichtlich: Grundwehrdienstpflichtige	–	175 000
	Wehrübende	–	2 000